

DIG *magazin*



100 Jahre Teddy Kollek

Intern

Reinhold Robbe Umbrüche 3

Demokratiebewegung in Nordafrika

Knut Teske Israel und die politische Lage Nordafrikas 4
Demokratien ante portas?

Richard Herzinger Der „Goldstone-Report“ 7

Berichte aus und über Israel

Birgit Schintholzer-B. Ein arabisch-palästinensischer Staat in den 8
„Grenzen“ von 1967

Heribert Schmitz Das Bild der Juden in den ägyptischen 8
Schulbüchern

Magdalene Krumpholz Die Geschichte der Israelis und 9
Palästinenser

Gernot Römer Der Mann, der Schindlers Liste schrieb 10
Christian Lange besucht Eltern Gilad Shalits

Erklärung der ÖIG, DIG und GSI 11

Heribert Schmitz Geschichte des israelischen 11
Wirtschaftswunders

Gitta Connemann Ghettorenten 12

100 Jahre Teddy Kollek

G. Facius/K. Teske „Jerusalem ist kein Spielzeug der Politik“ 12
Interview mit Teddy Kollek von 1996

Jerusalem Foundation

Internationales Jahrestreffen der Jerusalem Foundation 2011 16

2 : 1 für deutsche Bürgermeister-Nationalelf 17

Besuch aus Bad Bentheim 17

Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften

Erfurt Kritik, die keine ist / Alex Feuerherdt über 15
die Agenda der „Israelkritiker“

Bremen Gemeinsame Aktion verurteilt 18
Boykottaufrufe gegen Israel

Osnabrück Experiment Wissensvermittlung und 19
Diskussionskultur

Nürnberg-Mittelfrank. Euro-Islam als Alternative zum 19
islamistischen Antisemitismus

Stuttgart Besucher feierten Israels Geburtstag 20
Mannheim/Rhein-N. Michael Heitz ist Preisträger des 21
Obermayer German Jewish History

Award 2011

Ulm/Neu-Ulm Israel-Tag 2011 mit Musik, Tanz und Kunst 21
Kassel Dr. Johannes Gerster führt Kasseler 22
Reisegruppe durch „sein“ Mainz

Erfurt Soviel jüdisches Leben gab es seit 23
Jahrzehnten nicht

Ulm Spatenstich für neue Synagoge Ulm 24
Halle Letzte Reise und ein langer Abschied 25

Roland Neidhardt Ein hebräischer Schriftsteller und arabischer 26
Bürger Israels

Hermann Sieben Leserbrief zu „Ursula Philipps-Heck“ 27



Demokratiebewegungen Nordafrika ab S. 4

Impressum**Herausgeber:**

Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG)
Verantwortlich: Hildegard Radhauer
Martin-Buber-Straße 12 • 14163 Berlin
Tel.: 0 30/80 90 70 28 • Fax: 0 30/80 90 70 31
E-Mail: digberlin@onlinehome.de

Redaktion:

Dieter Ernst, Hildegard Radhauer, Knut Teske

Layout, Graphik, Satz:

OUTLINE Graphikbüro Dieter Ernst
Sternstraße 39 • 34414 Warburg
Tel.: 0 56 41/83 24 • Fax: 0 56 41/49 94
E-Mail: info@conzedruck.de

Druck & Verarbeitung:

CONZE DRUCK
Neutorstraße 3 • 34434 Borgentreich
Tel.: 0 56 43/98 02 54
E-Mail: info@conzedruck.de

Bildnachweis:

Arbeitsgemeinschaften, Jerusalem Foundation,
Christian Lange, Helmut A. Hampp,
Getty Images, United Archives, Jörg Krauthöfer,
M. Lengemann
Titel: Teddy Kollek
Foto: M. Lengemann

Erscheinungsweise:

Einmal im Vierteljahr.
Der Bezugspreis des DIG *magazins* ist mit dem
Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich
gekennzeichnete Artikel sind die jeweiligen
Autoren verantwortlich.

Bankverbindung:

Berliner Sparkasse
Konto-Nummer: 10 1000 91 99 • BLZ: 100 500 00

Umbrüche

In diesen Wochen und Monaten überschlagen sich die Meldungen aus Nordafrika und dem Nahen Osten. Die kraftvollen, mutigen und oft auch verzweifelten Umstürzbewegungen in der arabischen Welt haben viele Bürger in Europa und auch in Israel überrascht.

Die überwiegend jungen Menschen in diesen Ländern sehnen sich nach Freiheit, Wohlstand und Glück, nach Demokratie im Sinne echter Mitbestimmung. Wie die Regime in Syrien und Libyen die elementaren Menschenrechte mit Füßen treten und Demonstranten sowie Aufständische rücksichtslos verfolgen und ermorden, wird uns derzeit in aller Brutalität vor Augen geführt. Auch in der Palästinensischen Autonomie, insbesondere im Gazastreifen, gibt es Ansätze für ein derartiges Aufbegehren der jungen Generation. Nicht zuletzt deshalb sah sich die in Gaza herrschende Hamas wohl genötigt, auf die Fatah und Präsident Mahmud Abbas zuzugehen.

Das Präsidium unserer Gesellschaft hat sich – ebenso wie viele Arbeitsgemeinschaften – sehr intensiv mit dieser neuen Entwicklung beschäftigt. Das Ergebnis unserer Diskussion haben wir der Bundeskanzlerin in einem offenen Brief mitgeteilt. Neben unserem Dank für die deutlichen Worte unserer Kanzlerin gegen die Anerkennung eines möglicherweise einseitig ausgerufenen Palästinenserstaates haben wir in dem Brief aber auch unsere Sorge und Enttäuschung wegen der unklaren Haltung der Europäischen Union geäußert. Mit Briefen ähnlichen Inhalts wurden von mir auch die jeweiligen Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen angesprochen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Fraktionsbeschluss der Linken gegen jede Form von Antisemitismus, der trotz erheblicher Widerstände von Teilen der Fraktion zustande kam. Mit diesem Beschluss wird den Fraktionsmitgliedern sogar eine Beteiligung an der sogenannten „Gaza-Flottille II“ untersagt. Jetzt bleibt jedoch abzuwarten, wie es mit der Umsetzung dieses Beschlusses aussieht. Zunächst handelt es sich nur um bedrucktes Papier. Im vergangenen Jahr noch waren die Linken-Abgeordneten Groth und Höger an Bord jenes Schiffes, das versucht hatte, die Blockade zu durchbrechen. Die tödliche Zuspitzung dieser Ereignisse ist bekannt. Der „Schirmherr“ der „Gaza-Flottille II“, der Orientwissenschaftler Prof. Udo Steinbach, sollte sich an der offensichtlichen Kehrtwende der Linkspartei ein Beispiel nehmen, indem er sich sofort und unmissverständlich von diesem bevorstehenden erneuten rechtswidrigen Bruch der Seeblockade mit unabsehbaren Risiken distanziert.

In dieser Ausgabe würdigt die DIG eine weitsichtige und charismatische Persönlichkeit Israels: Teddy Kollek. Als Bürgermeister von Jerusalem (1965-1993) setzte er sich sehr erfolgreich für ein friedliches Miteinander von Juden und Arabern ein. Kollek gelang es während der Zeit der Nazi-Diktatur in geheimer Mission Tausende von Juden vor der Vernichtung zu retten. Der Gründer der international agierenden „Jerusalem Foundation“ starb am 2. Januar 2007 und wäre in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden. Den deutschsprachigen Freundschaftsgesellschaften fühlte sich Kollek in besonderer Weise verbunden. Für uns ist sein Lebenswerk Verpflichtung und Auftrag zugleich. ■

Reinhold Robbe
Präsident der
Deutsch-Israelischen Gesellschaft



*Shimon Peres, Israels Staatspräsident, mit
Reinhold Robbe, Präsident der
Deutsch-Israelischen Gesellschaft*

Israel und die politische Lage Nordafrikas

Demokratien ante Portas?

Von Knut Teske

Nordafrika, vor Wochen noch Region fahnnenschwenkender, uferloser Freude und sensationellen Aufbruchs in scheinbar leicht zu erringende Freiheiten, hat sich, wie vorauszusehen, in einen unübersehbaren Flächenbrand verwandelt. Mit Lachen von Blut und ungezählten Opfern – gestoppt, die Rauschtour ins demokratische Glück. Weggeschwemmt unter den Diktatoren zwar die alten und schwach gewordenen; dafür um so härter und gnadenloser der Widerstand der übrigen.

Für Realisten war das vorauszusehen. Schon deshalb war Israels (natürlich kritisierte) abwartende Haltung den Aufständischen gegenüber die richtige – aus der simplen Erkenntnis heraus, dass Demo-

monstranten – inzwischen weitgehend Aufständische – besitzen.

Aber nicht nur das: Selbst eine gelungene Revolution schafft noch keine Demokratie, schafft allenfalls Hoffnungen, schlimmstenfalls Illusionen, die sich bei ausbleibenden Erfolgen leicht in Wut und Zorn verwandeln können. Selbst die reine Demokratie schafft ja keine Arbeitsplätze, wiewohl die Verbesserung der Lebensbedingungen ihr oberstes Ziel zu sein hat – ein Ziel freilich, das ohne eine gewisse Bildung seiner Bevölkerung und als Folge dessen, ohne ernstzunehmenden Mittelstand, unmöglich zu erreichen ist. Dieser so wichtige Tatbestand wird gern leichtfertig negiert.

Selbst freie Wahlen sind kein ja echter Beweis einer geglühten Staatsform. Gerade sie haben Israel schon das Fürchten gelehrt. Abgesehen davon, dass auch freie Wahlen keinen wirtschaftlichen Fortschritt schaffen, können sie überdies nach der Abstimmung zu einer inhumanen Politik führen – ganz im Sinne radikaler Programme, wie sie denn zur Wahl stehen. Wenn diese radikale Politik dann noch allgemein, sogar völkerrechtlich anerkannt wird, weil ja angeblich demokratisch legitimiert, erleben wir einen Höhepunkt demokratischer Heuchelei, wenn nicht gar Schizophrenie.

So geschehen im Gazastreifen. Mögen ihre 66 Prozent, die die Hamas 2006 erzielt hat, tatsächlich auf „freien“ Wahlen beruhen, so fragt man sich – unabhängig von den politischen Folgen für den Erzfeind Israel – doch, wie frei diese Wahlen in Wirklichkeit waren: Beruhten sie nicht faktisch auf einem Einparteiensystem; wurden Gegner der Hamas – Anhänger der Fatah – nicht systematisch unterdrückt und:



Ägypten: Demonstrationen gegen Mubarak und seine Regierung auf dem Tahir-Platz in Kairo

kratie (vorläufig jedenfalls) als Endform menschlichen Zusammenlebens begriffen, nicht einfach vom Zaun zu brechen ist. Natürlich hätte es für Israel als einziger Demokratie im Nahen Osten (allein schon deshalb von sämtlichen Diktatoren gefürchtet) nahegelegen, ein natürliches Interesse an der Ausbreitung dieser Staatsform zu haben. Dafür spräche schon die pragmatische Erwägung, dass sich installierte und gefestigte Demokratien untereinander (so gut wie) nie bekriegen.

Nur – Demokratien haben Voraussetzungen, die keines der in Flammen stehenden Länder Nordafrikas auch nur annähernd erfüllt; von der Zeit ganz abgesehen, die die Inauguration dieser Staatsform eo ipso benötigt. Und Zeit ist das Letzte, was die

Demokratie ist kompliziert. Die erfolgreichen Varianten sind so selten wie Lottogewinne; andernfalls würde unser Globus nicht mehrheitlich (von Haiti bis Bangladesch) aus einer Fülle hinkender, erbärmlicher, lebensunfähiger Demokratien bestehen – Volksvertretungen, die den menschlichen Lebensbedingungen einzelner Staaten Hohn sprechen. Niemand braucht diese pseudodemokratischen Varianten, die sogenannten Volksdemokratien eingeschlossen, die in Wahrheit (aus Schwäche, Armut und Einparteiensystemen) den Diktaturen näher stehen als der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Gleichheit und Meinungsfreiheit eines wirklich demokratischen Gebildes.

Kann eine Partei, die sich den Untergang des Erzfeindes auf ihre Fahnen geschrieben hat, wirklich demokratisch in unserem Sinne genannt werden? Und ob die neue, angeblich sinnstiftende Symbiose zwischen den beiden radikalen, antiisraelischen Parteien – Hamas und Fatah – mit Neuwahlen im kommenden Jahr plus Bildung eines Palästinenserstaates ein echtes friedliches Nebeneinander von Israel und Palästinenserstaat zulässt – zweifelhaft, wenn selbst freie Wahlen nicht überzeugen und unwahrscheinlich angesichts der politischen Ziele dieser beiden Parteien, die – mögen sie sich machtpolitisch noch so hassen – in der Vernichtung des jüdischen Staates ihr gemeinsames Ziel erblicken. Und noch etwas kommt für Israel erschwe-



Tunesien: Proteste gegen die frühere Regierungspartei RCD in Tunis

rend hinzu: Dass dieser überraschende inner-palästinensische Frieden ausgerechnet im sich demokratisch gebenden Ägypten geschlossen wurde. Was folgende weitere Befürchtung zulässt: Dass die nächsten freien Wahlen, so sie zustande kommen, vorsichtig ausgedrückt, eine offiziell Israel-feindliche Regierung ans Ruder bringen. Das wäre eine neue Zwangslage für das Land zwischen Jordan und Mittelmeer und wohl das Ende des „Kalten Friedens“ mit Ägypten. Die heißen Folgen lassen sich denken.

Um die zu vermeiden, müsste ein wirklich neuer, weltlicher, pluralistischer Staat an der Südostflanke Israels her. Wo soll der herkommen? Und was heißt das überhaupt?

Freie Wahlen allein also reichen nicht, so unerlässlich sie sind. Sie haben sogar am Anfang einer jeden Entwicklung zu stehen, geben also die Richtung vor – und können doch zugleich in die falsche Richtung führen; sie tun es, wenn ihnen nicht vorgeschaltet ein Mehrparteien-System zugrunde liegt. Parteien wiederum setzen Strukturen voraus. Und daran hapert es im nordafrikanischen Raum.

Von dem ungewissen Ausgang der Erhebungen jenseits des Mittelmeeres ein-

mal abgesehen, kommt es zusätzlich auf einige Faktoren an, die zur Werdung einer Demokratie unerlässlich sind:

1. Demokratien müssen – das wird hier wieder deutlich – erstritten werden. Sie entstehen, nicht von selbst (auf die lange, Jahrhunderte währende Entwicklung in Griechenland, England und Frankreich ist an dieser Stelle nicht einzugehen). Sie entstehen u.U. exakt durch das, was Demokratie am meisten fürchtet: gesetzlose Gewalt – ein Zustand, den sie unbedingt in den Griff bekommen muss, will sie (siehe Irak) nicht gleich wieder dem Untergang geweiht sein. Demokratien können auch untergehen, Diktaturen sogar durch freie Wahlen entstehen oder rückerobert werden. Jüngster Beweis: Ukraine.

2. Das Volk, wenn es sich denn durchgesetzt hat, muss nun begreifen, dass diese Gewalt – ein ganz neuralgischer Punkt – freiwillig und zwar durch Wahlen in die Hände ihrer gewählten Stellvertreter gelegt werden muss.

3. Das Volk muss also begreifen, dass das Gewaltmonopol, das lange in der Faust des Diktators gelegen hat, ihm dann entwunden wurde und nun wieder an die

gewählten Instanzen abgegeben werden muss. Damit nicht genug, müsste die Macht im Sinne Montesquieus, im Sinne der Gewaltenteilung noch balanciert verlagert werden.

4. Nur in der Gewaltenteilung und ihrer Balance liegt die konkrete demokratische Überlebenschance. Ein ganz fragiler Moment, dieser Hoheitsakt der Machtübergabe und -verteilung; zugleich Ausdruck der Willensstärke eines Volkes.

Die Chancen dafür in Nordafrika sind gering. Zwar ist das Erreichte – die verblüffende Aufbruchstimmung dort, der dadurch verbundene Sturz zweier Diktatoren, die Furcht der übrigen vor dem Erwachen ihrer Untertanen - schon ein eindrucksvoller erster Schritt. Aber der reicht nicht. Revolutionen schaffen noch keine Demokratie. Internet und Facebook auch nicht; sie bewegen die Massen, fördern ihre Solidarisierung sogar über Landesgrenzen hinaus, verführen die Massen aber auch, wenn man so will, zu Übermut und Selbstüberschätzung. Hingegen besitzen sie, die überschätzten modernen Kommunikationsmittel, weder ein Programm noch haben sie eine Ahnung von Organisationsstrukturen oder geben auch

Libyen: Bei den Kämpfen um Bengasi Getöteter wird betrauert / Demonstranten in Bengasi / Schwerebewaffneter Aufständischer bei Ben Jawat





Gastarbeiter flüchten aus Libyen nach Tunesien / Flüchtlinge aus Nordafrika legen im Hafen von Lampedusa an / Flüchtlinge aus Misurata

nur eine gangbare Richtung vor (eher ver-raten sie noch in aller Naivität der Ge-genseite die Rädelsführer der von ihnen initiierten Erhebungen).

Die Enttäuschung erleben wir jetzt ja schon in Tunesien: Nichts passiert wirk-lich, keine wirtschaftliche Verbesserung; im Gegenteil: Rückgang der Wirtschaft durch Ausbleiben der Touristen, Folge: Flüchtlingsströme ins verheißungsvolle Europa, das sich prompt, da es ernst wird, den aktuellen Problemen verschließt.

Mangel an Geduld ist übrigens ein un-übersehbares Indiz für Mängel im Begrei-fen, so verständlich die Ungeduld ist.

Und Ägypten? Da erleben wir schon die Kehrseite der (noch gar nicht instal-lierten) Demokratie: schreiende Wahlpro-paganda, um Wählerschichten an sich zu binden - etwa wenn sogar der westlich geschulte, frühere UN-Spitzendiplomat Al Baradei zu wahren Drohungen gegen Israel ausholt.

Das ist das Fatale an der Demokratie; sie kann eben nicht vom Baum geschüt-telt werden. Sie durchläuft vielschichtige Entwicklungen, ehe sie ihre Wirkung ent-faltet; sie setzt Wissen voraus, Achtung und Toleranz des Nächsten. Sie setzt die Akzeptanz der Mehrheit durch die Unter-legenen voraus wie umgekehrt, die An-erkennung einer Minderheit durch die Mehrheit; sie achtet das Argument höher als Gewalt. Und das sind nur die Folgen einer wirksamen Demokratie. Ihr Kern verlangt Tiefergehendes.

Demokratie braucht die Gewaltentei-lung, zuvor das Bewusstsein einer Tren-nung von Staat und Religion. Und genau daran hapert es in islamischen Wertegemeinschaften: Staat und Religion begrei-fen sich als Einheit – unauflösbar. Das ist ihre Kultur. Damit jedoch ist schon die

Grundlage der Gewaltenteilung á la Mon-tesquieu (Legislative, Judikative, Exeku-tive) zerstört; somit der Erfolg.

Ein paar Fragen ans demokratische Verständnis der Moslems: Sind Scharia und Demokratie kompatibel? – Wie kann ein Staat unter der Scharia unabhängig werden, wenn die Scharia als vordemo-kritisches Recht von vornherein das letzte Wort hat? – Wie passen Scharia und Pres-sfreiheit zusammen?

Der Islam als Religion ist die Grundla-ge moslemischer Staaten, nicht das Volk. Schon das widerspricht demokratischem Selbstverständnis. Mohammed, auf den sich ja viele beziehen, hat ein Gottesreich erobert; kein weltliches. Damit fehlt eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Demokratie: die Toleranz gegenüber an-ders Denkenden wie Glaubenden; daher wird Toleranz nicht selten sogar als größte anzunehmende westliche Dummheit ver-höhnt. Ein nun ins Auge gefasster Staat, der sich dem Islam als Staatsreligion verwei-gert, ihm lediglich eine Privatrolle zuweist, ihn also seiner (auch weltlichen) Macht beraubt, hat keine Chance. Wie wenig der Islam auf seine Rolle im Staat verzichten will, erweist sich gerade in Ägypten beim tödlichen Kampf gegen die Kopten.

Selbst moderaten Moslems fällt der Weg ins demokratische Basislager schwer, gilt es doch, aus dem Kanon des Korans einen Weg ins Pluralistische her-auszufiltern, also mit andern Worten: die Richtlinien des Korans um ihrer absoluten Machtstellung zu berauben. Das scheint (noch) völlig unmöglich zu sein (selbst wenn wir Twitternden die Patenrolle einer allmählichen Auflockerung mosle-mischer Wertvorstellungen zuweisen). Die westliche Welt ist nicht ihre. Selbst wenn arabische Jugendliche ihr nachzujä-

gen scheinen, was noch zu bezweifeln ist, dann jagen sie irgendwelchen Schimären nach. Selbst wenn sie McDonalds lieben; sie hassen Amerika.

Abgesehen davon: Wer wagt es, die gefürchtete Scharia neu zu regeln? Das könnte nur - undemokratisch - mit Gewalt geschehen. Die Scharia ist der heiligen Schrift des Islam akzessorisch verbunden – auch wenn sie (angeblich) moderater oder absoluter angewandt werden kann. Wo aber wird sie moderater angewandt?

Die Welt schaut diesem überraschen-den Experiment gebannt zu, hilft aber wenig. Es ist dennoch ein unverzichtba-res Experiment geworden. Der Erfolg mag gering ausfallen; er wird diese Erhe-bungen immer rechtfertigen. Viele Dikta-toren werden verschwinden – schon das ein Erfolg; ihre Nachfolger werden mit Sicherheit mehr als ihre Vorgänger auf ihr Volk achten müssen, was allerdings zwei Richtungen haben kann: ins Freiheitliche oder Verhängnisvolle. Ob sich aus all‘ dem auf Dauer eine stabile Demokratie entwickelt – man weiß es nicht. Sollte es der Fall sein, würde es die These be-stätigen, wonach die Demokratie erst ge-wisse Stadien zu durchlaufen hat, ehe sie wirklich funktioniert. Ein bisschen Frie-den geht ebenso wenig wie ein bisschen Schwangerschaft. Geht ein bisschen De-mokratie? Wie verlässlich wäre sie?

Israel verurteilt diese neue Lage zu ei-nem weiteren Ritt auf der Rasierklinge. Bietet das Land seinen Nachbarn Hilfe an, kann es sein, dass es mit neuem ara-bischen Selbstbewusstsein hohnlachend zurückgewiesen wird; verweigert es Hil-feleistungen, wird ihm ein zorniger Ka-non entgegenschlagen.

Europäer nennen eine solche Lage ge-meinhin aussichtslos; für Israelis ist das

nichts als eine andere Form der Herausforderung.

Zusammengefasst: Die Skepsis über den Erfolg demokratischer Bemühungen im Nahen Osten begründet sich, um zu den Ursprüngen zurückzuführen, in fehlendem Wissen um die Aufklärung des 18. Jahrhunderts; sie erst ermöglicht Erkenntnisse auch und gerade über die Effizienz einer Demokratie beziehungsweise ihre Grenzen. Die Demokratie als Staatsform ist keine Wunderwaffe; sie kann auch straucheln und fallen.

Überlegungen wie diese stecken im Kalkül der israelischen Zurückhaltung. Ein ernsthaftes Angebot an die angehenden neuen Demokratien seiner Umgebung sollte Israel dennoch ins Auge fassen – nicht nur um sich schulmeisterliche Belehrungen aus dem Westen zu ersparen – auch um dem Wandel eine Chance zu geben. ■

Libyen: Aufständische schießen in Ben Jawat auf ein Porträt des libyschen Staatschefs Gaddafi



Der „Goldstone-Report“

Von Richard Herzinger

Der „Goldstone-Report“ über Menschenrechtsverletzungen im Zuge der israelischen Militäroffensive in Gaza Ende 2008 bis Anfang 2009 dürfte diese Bezeichnung eigentlich gar nicht mehr tragen. Denn der südafrikanische Richter Richard Goldstone, Vorsitzender der Untersuchungskommission, die ihn verfasst hatte, distanzierte sich Anfang April von zentralen Schlussfolgerungen dieses vom UN-Menschenrechtsrat in Auftrag gegebenen und im November 2009 von der UN-Vollversammlung (mit 18 Gegenstimmen, darunter denen der USA und Deutschlands) angenommenen Berichts. Hätte er damals gewusst, was er heute wisse, so Goldstone, „wäre dies ein anderes Dokument geworden“.

Goldstones späte Einsicht bezieht sich in erster Linie auf den Vorwurf, Israel habe im Feldzug gegen die radikalislamische Hamas systematisch nichtmilitärische Ziele angegriffen, um die Zivilbevölkerung Gazas insgesamt zu „bestrafen“. Die Zeugenaussagen und Indizien, die diese ungeheuerliche Anklage belegen sollten, waren aber zumeist von Nichtregierungsorganisationen mit ausgewiesener israelkritischer Voreingenommenheit zusammengetragen worden. Zudem: Obwohl Israel mit seiner Militäraction auf andauernde Raketenangriffe der Hamas reagierte und es sich daher auf das Recht zur Selbstverteidigung berufen konnte, behandelte der Goldstone-Report mögliche Verfehlungen der israelischen



*Richard Herzinger
Politischer Korrespondent der WELT-Gruppe*

Armee auf der gleichen Ebene wie die offen terroristischen Akte der Radikalisierungisten.

Immerhin aber bezichtigte der Goldstone-Report nicht nur Israel, sondern auch die Hamas, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Namentlich der Raketenbeschuss israelischen Staatsgebietes hatte sich ja ausschließlich und erklärtermaßen gegen israelische Zivilisten gerichtet. Das hinderte den UN-Menschenrechtsrat aber nicht daran, in seiner auf Basis des Reports gefassten Resolution nur Israel zu verurteilen, die Vorwürfe gegen die Hamas jedoch mit keinem Wort zu erwähnen. Richard Goldstone nannte diese Entwicklung schon damals „traurig“. Die Frage ist freilich, ob er sie nicht von vorneherein hätte voraussehen müssen. Die geradezu obsessive antiisraelische Einseitigkeit des Menschenrechtsrats, in dem Diktaturen wie Saudi-Arabien, Chi-

na und Kuba den „antiimperialistischen“ und „antizionistischen“ Ton angeben, war lange bekannt und hatte Israel dazu bewogen, die Zusammenarbeit mit einer von diesem Gremium einberufenen Kommission zu verweigern.

Im Gegensatz zum Menschenrechtsrat hatte die UN-Generalversammlung in ihrer Entschließung allerdings sowohl Israel als auch die Hamas aufgefordert, eigene Untersuchungen der im Goldstone-Report aufgeführten Fälle mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen anzustellen. Bis heute hat Israel rund 400 solcher Verfahren durchgeführt, von denen zwei mit Schuldsprüchen endeten. Die Hamas leitete dagegen bis heute keine einzige derartige Untersuchung ein. Doch ungeachtet dieser neuen Lage und der partiellen Distanzierung Goldstones werden die UN den Report nicht zurückziehen. Goldstones Mit-Autoren erklärten bereits, an allen Teilen des Berichts festzuhalten, und bezichtigten ihren einstigen Kommissions-Vorsitzenden, mit seinem Rückzieher „politischem Druck“ nachgegeben zu haben.

Alle neuen Erkenntnisse werden daher den propagandistischen Effekt kaum mehr mindern können, der durch den Goldstone-Report zu Lasten Israels erzielt wurde. Die Geschichte dieses Berichts ist so ein Schulbeispiel für die Art und Weise, wie der jüdische Staat immer wieder international diskreditiert und an den Pranger gestellt wird. Maßlose Anschuldigungen der Feinde Israels werden von internationalen Gremien und Medien oft unkritisch aufgegriffen und weiter verbreitet. Spätere Relativierungen erreichen dann nicht mehr annähernd die öffentliche Aufmerksamkeit, die solche spektakulären Beschuldigungen hervorrufen. ■

Ein arabisch-palästinensischer Staat in den „Grenzen“ von 1967?

von Birgit Schintlholzer-Barrows

Man ist derart daran gewöhnt, dass Vorgänge um den jüdischen Staat nicht mit üblichen Maßstäben behandelt werden, dass es wohl einiger Anstrengung bedarf, um in der Öffentlichkeit klar zu machen, welchen Affront gegen juristische und politische Normen das palästinensische Vorhaben bedeutet, mittels UNO – über Israel hinweg – einen Staat auszurufen.

Das Vorhaben verstößt gegen all die Abkommen, die festlegen, dass allein durch Verhandlungen Grenzen zu etablieren seien. So verlangen vor allem die UN-Sicherheitsresolutionen 242 (1967) und 338 (1973) wie auch das israelisch-palästinensische Interimsabkommen von 1995 eindeutig, dass Festlegungen von Grenzen nur durch Verhandlungen zu erzielen seien. In letzterem, dem „Oslo-Abkommen“, verpflichteten sich Israelis und Palästinenser explizit, nicht einseitig zu handeln.

(Einen ausführlichen Überblick über die relevanten Abkommen bietet das „Legal Forum for Israel“ im Internet.)

All diese Abkommen würden nun durch einseitige Staatsausrufung über Bord geworfen. Israels berechnete Ansprüche würden geleugnet, – was ganz in die Reihe der gegenwärtig so zahlreichen Versuche passt, den jüdischen Staat zu delegitimieren.

Der weitere Skandal liegt in dem Anspruch der Palästinenser auf „Grenzen von 67“, also darauf, dass die Waffenstillstandslinien nach Israels Unabhängigkeitskrieg 1948 zu Grenzen eines palästinensischen Staats würden. Diese „grüne Linie“ – zufällig entstanden, ohne geografische, politische oder juristische Fundierung und für alle damals Beteiligten von nur provisorischer Bedeutung – ist für Israel als Grenze jedoch schlicht inakzeptabel.

Sie würde sein Staatsgebiet reduzieren auf einen 9 bis 15 Meilen breiten Küstenstreifen mit hoher Bevölkerungskonzentration in der Küstenebene und zudem die strategisch so bedeutsame jüdische Bergkette den feindlichen Arabern überlassen, – eine militärische Unverantwortlichkeit für Israel.

Zudem hätte solche Grenzziehung Signalwirkung, nämlich die Botschaft für die arabische Seite, dass alle Kriege, die nach 48 gegen den jüdischen Staat lanciert wurden, folgenlos bleiben und nicht, wie es üblich ist, ein Preis für Angriffskriege zu zahlen ist – was einer Ermunterung gleich käme, es zu gegebener Zeit noch einmal zu versuchen.

Israel hat diesbezüglich schon eine Reihe bitterer Erfahrungen hinter sich: schon in der Vergangenheit hatten militärische Rückzüge sich als schädlich erwiesen und das Gegenteil, verweigerter Rückzug, als lebensrettend.

So hatte die UNO nach Abschluss des Sinai-Kriegs von 1956 trotz langer, für Israel Nerven zermürender Diplomatie darauf bestanden, dass Israel die militärisch eroberte Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen wieder räumte, ohne dass eine Friedensregelung erreicht worden wäre.

Dazu Golda Meir in ihrer Autobiografie: „Wir versuchten vergeblich, den Völkern der Welt klar zu machen, dass ein Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949 den Keim zu einem neuen Krieg im Nahen Osten in sich bergen würde. Millionen von Menschen ...verurteilen uns zu schnell, weil wir...nach jedem uns aufgezwungenen Krieg uns nicht gefügig auf unsere früheren Grenzen zurückziehen. Sie sollten sich auch fragen, was damals

wirklich gewonnen wurde, als wir uns tatsächlich zurückzogen. Unsere Truppen verließen die Halbinsel Sinai und den Gaza-Streifen. Die Folge bestand in weiteren Kriegen, von denen jeder weit kostspieliger wurde als der Sinai-Feldzug.“

Geradezu lebensrettend hatte es sich im Jom-Kippur-Krieg ausgewirkt, dass Israel nach dem 67er Krieg sich geweigert hatte, sich auf die 49er Frontlinien zurück zu ziehen. Meir als Ministerpräsidentin während dieses Kriegs in der Knesset: man brauche „keine allzu große Vorstellungskraft, um sich zu vergegenwärtigen, wie es heute um Israel stünde, wenn wir uns an den Linien vom 4. Juni 1967 befunden hätten...Die arabischen Führer behaupten, ihr Kriegsziel sei lediglich das Erreichen der Linien vom 4. Juni 1967, aber wir kennen ihr wirkliches Kriegsziel: die totale Niederwerfung des Staates Israel. Es ist unsere Pflicht, der Wahrheit ins Auge zu blicken; es ist ferner unsere Pflicht, alle Menschen guten Willens, die diese Wahrheit nicht sehen möchten, mit Nachdruck auf sie hinzuweisen.“

Golda Meir ist nur ein Glied in der Kette israelischer Ministerpräsidenten, Verteidigungsminister und anderer Politiker, die den Kampf gegen diese Unzumutbarkeit führten – meistens mühevoll hinter den Kulissen. Netanjahus Auseinandersetzung mit Obama ist nur die jüngste Variante davon – allerdings die offenkundigste. Denn der Anspruch der Palästinenser dringt immer weiter vor und erfreut sich darin breiter Zustimmung. Es ist nur zu hoffen, dass die UNO sich dem Druck nicht beugt und sich nicht in dieser Weise missbrauchen lässt. ■

„Das Bild der Juden in den ägyptischen Schulbüchern“

Nürnberg – Mittelfranken: Das Bild der Juden in den ägyptischen Schulbüchern zeichnete der ägyptische Historiker und Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad im Thalia Buchhaus Campe in Nürnberg auf Einladung der regionalen AG. Das Thema lockte bei freiem Eintritt fast einhundert Zuhörer.

Der Autor von „Der Untergang der islamischen Welt“ kam schnell zum nicht überraschenden Ergebnis seiner Unter-

suchung. Das Bild der Juden ist negativ. Wie ist es entstanden?

In der islamischen Welt gab es lange Zeit keinen Europa vergleichbaren Antisemitismus. Aber Normalität im Sinne von Gleichberechtigung zwischen Juden und Arabern herrschte nie, auch nicht während des von jüdischen Intellektuellen romantisierten Goldenen Zeitalters in Andalusien. Die Verehrung von Stammvater Moses als Prophet durch

die Moslems ist bekannt. Ihre Hoffnung auf Bekehrung der Juden zum Islam in Mekka blieb unerfüllt und als diese – das Friedens- und Schutzangebot Mohameds ignorierend – sich bei einer Auseinandersetzung auch noch gegen den Propheten auf die Seite der Mekkaner stellten, flüchtete Mohamed und änderte seine Einstellung, was in den späten jüdenfeindlichen Suren zum Ausdruck kommt. Fazit: Den Juden kann man nicht trauen, sie sind Verräter und müssen bestraft werden!

So steht es in den Einheitsschulbüchern der 4. Klasse. Das Thema „Juden“ erfährt immer eine Behandlung aus der Sicht von Betroffenen. Historische Analysen gibt es nicht. Es sind Erzählungen einzelner unkommentierter Beispiele, die mit der Frage enden: Was lernen wir daraus? Die Antwort lautet dann immer: „Die“ Juden brechen Verträge, sie sind übel. Das ist die frühe politische Botschaft an die noch formbaren Hirne junger Menschen.

Nach dem Friedensvertrag zwischen den Regierungen Israels und Ägyptens wurde diese Art von Passagen weder von Präsident Sadat noch von Mubarak entfernt. Sie blieben Mittel der diktatorischen Herrschaft, zu deren Festigung im Innern äußere Feindbilder und das Sündenbockprinzip gehören. Zudem galt Mubarak trotz seiner Hetze gegen den Westen in den dortigen Medien als Stabilitätsfaktor.

Schulbücher vermitteln das gesammelte Wissen einer Gesellschaft in vereinfachter Form. Im Land am Nil nehmen darin subjektive mündliche Erzählungen einen großen Raum ein. Die ausgewählten Autoren schreiben vor allem das, was der Herrscher hören will. Die Geschichte beginnt mit den herrlichen Pharaonen. Es folgt eine kurze Koptische Phase unter dem Titel „Die Sonne des Islam (sic) scheint über Ägypten“. Danach kein Wort mehr über die Kopten. Auch werden die Perser mit ihrem großen kulturellen Einfluss ignoriert. Es folgt das Goldene Zeitalter der Abbasiden, dann die Kreuzritter mit unmittelbarem Übergang zu den Kolonialmächten, die verantwortlich für die danach einsetzende gesamtarabische Misere verantwortlich gemacht werden. Und mit der Gründung des Staates Israel setzt sich dieses „Übel von außen“ fort. Wo die islamische Welt dazwischen, während der 500 Jahre Osmanischer Herrschaft war,

wird ebenso unterschlagen wie alle negativen Seiten dieses Reiches, zum Beispiel die Unterdrückung der Frauen. Die osmanische Welt war eben keine Eroberung, sondern Islamisierung. So finden sich anti-osmanische Texte nur in jordanischen Schulbüchern. Juden werden nicht erwähnt, Quellenangaben in historischen Büchern fehlen. Nach dem 11. September 2001 wurden die offensichtlichen antijüdischen Passagen im vorhandenen Lehrstoff in Ägypten, Jordanien und dem Gebiet der Palästinensischen Autonomie entfernt, um westlichem Druck zu entgehen. Aber nur in den nichtreligiösen Büchern; religiöse Schriften blieben unangetastet! Die Grundlage für Hass blieb,

der naive Westen war zufrieden. Die Gelder konnten weiter fließen.

Abdel-Samad – Augenzeuge der Ereignisse am Tahrir-Platz – schloss den Vortrag mit dem Appell, nicht nur den beiderseitigen (?) Hass zu überwinden, sondern die Denkweise zu ändern, alles kritisch zu hinterfragen und gab so der Hoffnung Ausdruck auf eine nachgeholte „Aufklärung“ und dass die arabischen Revolutionen doch noch zu einer besseren Welt führen werden. Jedenfalls werden die Bücher für das neue Schuljahr von Mubarak-Huldigungen befreit sein. Ob auch von jüden- und israelfeindlichen Texten, ist noch ungewiss. ■

Heribert Schmitz

Die Geschichte der Israelis und Palästinenser

Viele interessierte Jugendliche und Erwachsene, die eine Reise nach Israel planen, stehen vor der Frage, wie sie sich am besten auf die politischen Verhältnisse dieser Region vorbereiten können. Die jahrzehnte währenden Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern, die Friedensbemühungen und ihr Scheitern prägen das gegenwärtige Bild dieser beiden Völker. Wer es verstehen will, muss sich mit ihrer Geschichte und ihren unterschiedlichen Narrativen auseinandersetzen.

Eine hervorragende Hilfe dabei kann das von Noah Flug und Martin Schäuble 2007 im Carl Hanser Verlag erschienene Buch: *Die Geschichte der Israelis und Palästinenser* sein, das seit 2009 in einer Neuauflage vorliegt. Die Autoren haben sich zum Ziel gesetzt, ein „leicht verständliches Buch, das kein Hintergrundwissen voraussetzt“, herauszugeben und damit auch vor allem junge Leser anzusprechen. Durch Berichte von jüdischen und palästinensischen Zeitzeugen erhält dieses Buch seine besondere Authentizität.

Bereichert wird die aktualisierte Neuauflage durch ein zusätzliches Vorwort von Samira Dschamal, einer palästinensischen Zeitzeugin, die schon in der ersten Auflage unter ihrem Mädchennamen Samira Iraqi zu Wort kommt. Trotz des scheinbar unlösbaren Konflikts zieht sie

das Resümee, dass es zum Miteinanderleben zwischen Israelis und Palästinensern keine Alternative gibt, und sie fährt fort: „Hinter dem Konflikt stehen keine Zahlen und Fakten, sondern Menschen.“ Das Buch gebe den Lesern die Möglichkeit, ihnen zuzuhören.

Ein Gewinn ist auch die Aktualisierung der Zeittafel sowie die um 44 Titel erweiterte Medienliste – Sachbücher, Romane, Filme – zu den behandelten Kapiteln.

Dazu gehören z.B. Aliza Olmert: *Ein Stück vom Meer*, Tom Segev: *Die ersten Israelis*, Joseph Croitoru: *Hamas. Der islamische Kampf um Palästina*, Bettina Marx: *Gaza. Bericht aus einem Land ohne Hoffnung* und der Film von Leon Gellert: *Das Herz von Jenin*.

Die Medienliste zeichnet sich auch dadurch aus, dass nicht nur die Titel aufgeführt werden, sondern auch deren Inhalte in einem kurzen, prägnanten Satz beschrieben werden – eine Erleichterung für die Auswahl!

Zusammenfassend bietet das Buch eine spannende und ausgewogene Einführung in die komplexe Geschichte der beiden Völker. Ich hoffe, dass es viele Leser findet. ■

Magdalene Krumpholz

● *Die Geschichte der Israelis und Palästinenser, erweiterte Neuauflage Oktober 2009, Reihe Hanser dtv*

Der Mann, der Schindlers berühmte Liste schrieb

Die DIG Augsburg trauert um ihr Ehrenmitglied Mietek Pemper. Ohne diesen ungewöhnlichen Menschen hätte es Oscar Schindlers Liste, die etwa 1000 Juden das Leben rettete, nicht gegeben.

Pemper wurde 91 Jahre alt. Er stammt aus einer deutsch-polnischen Krakauer Familie. Er wird mit zwei Sprachen groß und studiert an beiden Universitäten dieser Stadt Jura und Betriebswirtschaft (nach dem 2. Weltkrieg auch noch Soziologie). März 1943 lösen die deutschen Besatzer das Krakauer Ghetto blutig auf. Die Überlebenden kommen in das nahe Arbeitslager Plaszow. Pemper wird unfreiwillig Schreiber des gefürchteten Kommandanten Amon Göth: „Nun hatte ich es Tag und Nacht mit einem Massenmörder zu tun.“ In diesem Büro liest Pemper heimlich die für den Kommandanten bestimmten Befehle von höchsten Stellen des 3. Reichs mit. Dort lernt er Oskar Schindler kennen, dessen Fabrik außerhalb des Lagers Emailgeschirr produziert.

Als Schindler wieder einmal in Göths Büro kommt, unterrichtet er ihn insgeheim von einem Befehl aus Berlin, dass nur Betriebe mit „siegentscheidender Produktion“ in den Lagern bestehen bleiben dürften. Pemper: „Herr Direktor Schindler, mit Emailletöpfen allein kann man keinen Krieg gewinnen.“ Von da an baut Schindler die Produktion von Granatenteilen aus. Plaszow bleibt bestehen, wird Konzentrationslager, Schindlers Werk beim Näherrücken der russischen Armee nach Brünnlitz im Sudetenland verlegt. Das als „Schindlers Liste“ berühmt gewordene, rettende Namensverzeichnis stammt zu einem erheblichen Teil von Pemper. Als am 13. Mai 1945 die russischen Truppen auch dorthin vorrücken, Schindler sich absetzen muss, da fallen seine berühmt gewordenen Worte an die zurückbleibenden Männer, Frauen und Kinder: „Für euer Überleben dankt nicht mir. Dankt Stern und Pemper!“ Etwa 1000 Männer, Frauen, Kinder werden in Brünnlitz befreit.

Mietek Pemper kehrt nach Krakau zurück. Seine Eltern überlebten, fast 70 Verwandte wurden ermordet. Er nimmt das



Studium wieder auf. Ist Kronzeuge im Prozess gegen Amon Göth, der zum Tod durch den Strang verurteilt wird. Pemper: „Keiner der Angeklagten bereute“.

1958 kommt Mietek Pemper nach Augsburg. Die Erinnerungen bleiben und quälen: „Obwohl ich nach außen hin ruhig und gefasst bin, sehe ich bis heute manche Szenen aus der Zeit des Ghettos und des Lagers lebhaft vor meinen Augen.“ Dennoch bringt er die Kraft auf, über seine Leidenszeit öffentlich zu sprechen, bevorzugt an Schulen. Was ihn zu einem so ungewöhnlichen Zeitzeugen werden lässt ist sein Gerechtigkeitsgefühl. Er hat sogar – wenn auch vergeblich – nach einem SS-Mann aus dem Lager Plaszow namens Dvorak gesucht. In Pempers Beisein hatte der Göths Befehl nicht ausgeführt, eine Frau zu erschießen: „Ich kann das nicht, Herr Kommandant!“ Und bis zu dessen Tod ist Pemper mit Oscar Schindler in Verbindung geblieben, hat ihm zu helfen versucht. 2005 hat er sich dazu durchgerungen, seine Erinnerungen zu Papier zu bringen. „Der rettende Weg – Schindlers Liste“, lautet der Titel des lesenswerten, inzwischen in mehrere Sprachen übersetzten Buchs (bei Hoffmann und Campe).

Unser DIG-Mitglied Mietek Pemper war ein ungewöhnlicher Mensch, beispielhaft.

Gernot Römer

Christian Lange besucht Eltern von Gilad Shalit in Jerusalem

„Die Hamas muss Gilad Shalit bedingungslos freilassen – und zwar sofort!“

Der Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Christian Lange, hat während einer Delegationsreise nach Israel die Eltern des seit dem 25. Juni 2006 entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit in Jerusalem besucht.

„Gilad Shalit war an diesem Tag seit genau 1788 Tagen in Gefangenschaft. Man kann sich gar nicht ausmalen, was das für ihn, seine Familie und für seine Freunde bedeutet. Aber nicht nur die Familie, sondern das ganze Land nimmt Anteil an diesem schrecklichen Schicksal“, so Lange.

„Ich habe den Eltern versichert, dass ich mich auch weiterhin in Berlin für die Freilassung ihres Sohnes engagieren werde. Die Hamas muss ihn bedingungslos freilassen – und zwar sofort!“, so Christian Lange.



Christian Lange mit Noam und Aviva Shalit

Deutsch-Israelische Gesellschaft

Gesellschaft Schweiz-Israel

Österreichisch-Israelische Gesellschaft

Gemeinsame Medienmitteilung der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft (ÖIG), der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) und der Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI)

Die Israel-Freundschaftsgesellschaften aus Österreich, Deutschland und der Schweiz fordern die Regierungen ihrer Länder auf, sich in der UNO für direkte Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern einzusetzen, aber gegen die einseitige Ausrufung des Staates Palästina entlang der Waffenstillstandslinie von 1949 bis 1967.

(Wien, 28. Mai 2011) Die drei Gesellschaften fordern die Regierungen ihrer Länder auf, in der UNO für direkte bilaterale Verhandlungen einzutreten und sich gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde und der künftigen Einheitsregierung unmissverständlich dafür einzusetzen, dass sich diese wieder an den Verhandlungstisch setzen und palästinensische Terrorangriffe auf Israel unterbinden.

Die drei Gesellschaften erwarten daher, dass ihre Regierungen in der im Herbst 2011 stattfindenden UNO-Generalver-

sammlung die Anerkennung eines palästinensischen Staates entlang der oben genannten Waffenstillstandslinie klar ablehnen. Sie verweisen dabei auf die einschlägigen und nach wie vor gültigen Resolutionen 242 (englische Fassung) und 338 des UNO-Sicherheitsrates zur auszuhandelnden Zweistaatenlösung.

ÖIG, DIG und GSI haben an ihrer zweitägigen Konferenz in Wien beschlossen, sich in Gesprächen mit ihren Regierungen für diese Form der Konfliktlösung zu verwenden.

Dr. Sepp Rieder Präsident ÖIG
Reinhold Robbe, Präsident DIG
Vreni Müller-Hemmi, Zentralpräsidentin GSI

<http://www.oeig.at>
<http://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de>
<http://www.schweiz-israel.ch>

Geschichte des Israelischen Wirtschaftswunders

Was die Welt vom kometenhaften wirtschaftlichen Erfolg Israels lernen kann aber auch, dass manches einzigartig und daher nicht kopierbar ist! So oder ähnlich könnte ein Restümee dieses Buches lauten. Es beschreibt, wie ein kleines Land Innovation und unternehmerische Einstellung verkörpert und so eine Kultur des Einsatzes von Risikokapital (Venture Capital) begründet.

Der junge Israeli nimmt nach dem obligatorischen Militärdienst erst einmal eine Auszeit in Indien oder Lateinamerika. Doch dann fehlt ihm Heimatliches. Das brachte die Restaurantbetreiber Dorit Morelli und ihren Mann in La Paz, Bolivien auf die Idee, dort ein Buch für Eintragungen israelischer Besucher über Erfahrungen und für Tipps auszulegen. So konnten sie sich treffen und Negativerlebnisse vermeiden. Das sprach sich herum. Die Frage der Neuankömmlinge „wo ist das Buch?“ wurde bald in Peru, Chile, Argentinien und auch in anderen Ländern gestellt. Das war 1986 – lange vor Face-

book etc.. Dieses Bedürfnis führte letztendlich zum heute selbstverständlichen Internet, der zweiten Bildungsrevolution nach der Erfindung des Buchdrucks.



Dan Senor und Saul Singer: „START-UP NATION“, Die Geschichte des Israelischen Wirtschaftswunders; Hachette Book Group USA, 304 Seiten in Englisch, 2009, € 19,50

Die Autoren schildern viele solcher Geschichten von Shai Agassi über Stef (im Buch: Eitan) Wertheimer bis zu Zeevi-Farkash und untersuchen das israelische Biotop der Unternehmensgründungen. Wie eine Gründerkultur vom Militär profitiert, wie in der Wehrpflicht

durch frühe Übernahme von Verantwortung erworbene Erfahrungen und wie klassenlose Vernetzung, gemischt mit kindischer Ungeduld zu guten Voraussetzungen für Innovationen werden. Aber auch, wie die Lektion aus Boykotten ausländischer Waffenlieferanten (französische Mirage), aus den daraus erwachsenen Gefahren und Abhängigkeiten gelernt und diese in Chancen verwandelt werden und was hierarchieloses Denken bedeutet.

Sie analysieren, warum Firmen wie Cisco, SAP, Google, Microsoft, Motorola ihre Entwicklungs- und Forschungsaktivitäten nach Israel verpflanzten, um dort den Saft der Wurzel zu finden, oder wie Israel selbst während der Raketenangriffe aus dem Irak die den Kunden zugesagten Liefertermine einhielt oder warum der amerikanische Großinvestor Warren Buffet, der nie außerhalb der USA investierte, dieses Prinzip brach und dass Raketen in Israel für ihn kein Investitionshindernis waren.

Versuch und Irrtum ist so erfolgreich und eine Pleite in Israel wird nicht zum Stigma. Wie Remigration von Wissenschaftlern verhindert, dass aus diesem Biotop ein Teich stehenden Wassers wird, der irgendwann einmal kippen wird, beschreiben sie ebenso, wie durch politi-

sche Verunsicherung der Abfluss junger Talente zu einer drohenden Gefahr werden könnte.

Wer sich daran erinnert, dass vor wenigen Jahren ein ausländisches Bankkonto für einen Israeli noch illegal war, der kann ermessen, welchen Weg Israel zurückgelegt hat. Und wer zum Boykott israelischer Waren aufruft (vor dem Rewe-Markt in Bremen), der sollte dann auch konsequenterweise auf alles Israelische wie Internet, PC, USB-Stick, Windows XP-Betriebssystem, Mobiltelefon oder Medikamente zur Behandlung von Parkinson, Multiple Sklerose und auf solche, die der Erblindung vorbeugen, verzichten. Er sollte dieses Buch, das mit Fußnoten, Stichwortverzeichnis und Angabe vornehmlich amerikanischer Quellen allen Ansprüchen gerecht wird, lesen und erkennen, was dieser zwei Generationen junge Staat für die Welt und die Menschheit leistet.

● Dan Senor schreibt in Wall Street Journal, New York Times, Washington Post u. a., ist Berater der US-Regierung und lebt in New York.

● Saul Singer ist Kolumnist u. a. der Jerusalem Post, Autor von „Confronting Jihad: Israel's Struggle & the World After 9/11“, Berater des US-Kongresses und lebt in Jerusalem. ■

Heribert Schmitz

Vor kurzem sorgten einige Berichte über die sogenannten Ghettorenten für Verunsicherung und Besorgnis. Darin hieß es, dass Tausenden ehemaligen jüdischen NS-Ghettoarbeitern ihre Rente vorenthalten bzw. auf Zeit gespielt würde. Die DIG Bonn bat um Klärung. Daraufhin führte die Vizepräsidentin Gitta Connemann ein Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Andreas Storm. Er teilte folgendes mit:

Insgesamt seien rund 56.000 Anträge nach dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto gestellt worden, davon rund 26.000 von in Israel lebenden Juden. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts im Juni 2009 seien alle bis dato abschlägig beschiedenen Verfahren wieder aufgegriffen und erneut geprüft worden. Zwischenzeitlich seien 81% aller Verfahren abgeschlossen worden, davon 21.000 Verfahren von in Israel lebenden Juden. Die Genehmigungsquote belief sich bei letzter Personengruppe auf rund 50%, bei allen anderen Anträgen insgesamt auf 41%. Hinsichtlich der noch offenen Verfahren sei allen Beteiligten bewusst, wie

Ghettorenten

Von Gitta Connemann

eilig die Bearbeitung sei. Deshalb habe es im März 2010 und Oktober 2010 in Jerusalem Gespräche mit Vertretern der israelischen Regierung und den Sozialversicherungsträgern aus Deutschland und Israel gegeben. In diesem Rahmen sei besprochen worden, wie die Entscheidungen in den noch offenen Verfahren von den in Israel lebenden Juden beschleunigt werden könnten. Israel habe Amtshilfe angeboten im Zusammenhang mit der Suche nach Antragstellern, zu denen die Deutsche Rentenversicherung keinen Kontakt herstellen konnte. In Gesprächen mit Herrn Staatssekretär Storm im Januar habe Israel zugesagt, bei der Klärung von rund 2.600 solcher Fälle zu helfen. Seit Ende Januar 2011 sei der israelische Sozialversicherungsträger damit betraut. Es sei damit zu rechnen, dass auch diese Verfahren nun zügig abgeschlossen werden könnten.

Die Situation stellt sich damit vollkommen anders dar, als in den Medien berichtet. Dies war auch Tenor einer aktuellen Reportage im Deutschlandfunk. Dort betonte die israelische Seite die Zusammenarbeit der Bundesregierung in Sachen Ghettorenten. Gut zu hören. ■

100 Jahre Teddy Kollek

„Jerusalem ist kein Spielzeug der Politik“

Am 27. Mai 2011 wäre Teddy Kollek, von 1965 bis 1993 Bürgermeister von Jerusalem, 100 Jahre alt geworden. Das DIG-Magazin würdigt Kollek durch den Nachdruck (in Auszügen) eines WELT-Interviews vom 22. April 1996. In ihm sprach sich Kollek, damals im 85. Lebensjahr stehend, für die strenge Respektierung aller Minderheiten in seinem Land aus. Der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels: „Bei uns liegt die Beweislast, dass ein Zusammenleben möglich ist.“

Mit dem gebürtigen Österreicher sprachen Gernot Facius und Knut Teske

WELT: Herr Kollek, „Mit der Vereinigung wachsen die Probleme“, das ist ein Zitat aus einem Interview, das Sie 1991 der WELT gegeben haben. Wachsende Probleme – so sehen das auch viele Deutsche. Was sagen Sie diesen Skeptikern?

Kollek: Dass wir alle alles viel schneller wollten, das liegt in der Natur des Menschen. Ungeduld ist dennoch ein schlechter Ratgeber. Jetzt sofort oder niemals

– das ist eine fatale Einstellung. Nehmen wir doch Berlin. Auch hier gibt es Probleme. Und wir haben immer gemeint, das sind doch Deutsche auf beiden Seiten, Christen auf beiden Seiten, das muss doch einfach sein.

WELT: Von Berlin nach Jerusalem: In diesem Jahr feiert Ihre Stadt den 3000. Geburtstag. Mit den Vorbereitungen wurde noch während Ihrer Amtszeit begonnen. Sind Sie mit dem, was daraus geworden ist, zufrieden?

Kollek: Ganz offen gesagt: Das lief anders, als ich mir das vorgestellt habe. Ich wollte ein „offenes Fest“. Es sollte die Bedeutung Jerusalems für Juden, Moslems und Christen zeigen: Jerusalem als Stadt, die uns allen gehört. Nachdem ich aus dem Amt ausgeschieden bin, hat man begonnen, dieses Ereignis der Erinnerung als eine rein jüdische, ja zionistische Angelegenheit darzustellen. Damit hat die

Angelegenheit einen anderen Charakter bekommen.

WELT: Was schwebte Ihnen denn konkret vor?

Kollek: Ein Freuden- und Versöhnungsfest. Ich wollte, dass sich Leute fragen: Was ist da Besonderes an Jerusalem, warum sind Städte wie Babylon oder Ninive verschwunden und Jerusalem nicht? Das wäre bei den Menschen angekommen. Wir sind ja schon einmal reingefallen, als eine Abgeordnete der Knesset ein Gesetz eingebracht hatte, wonach Jerusalem die ewige Hauptstadt Israels sei – ungeteilt. Tatsache war dann, dass die UNO prompt beschloss, die Botschaften sollten nach Tel Aviv umsiedeln. Was die meisten taten. Wissen Sie: Wir sind ein altes Volk – junger Nationalismus hilft uns nicht.

WELT: Was hat denn die Stadt Davids erhalten?

Kollek: Das ist das große Geheimnis der Geschichte. Jerusalem hat weder einen Hafen noch einen Fluss. Es liegt auf einer unwirtlichen Höhe. Ein Mysterium; es macht den Reiz Jerusalems aus.

WELT: ... auch den, Probleme zu lösen?

Kollek: Wir haben Juden aus 104 verschiedenen Kulturkreisen. Wenn jemand sagt, er kommt aus Russland, sagt das nicht viel. Er muss sagen, ob er aus Petersburg oder aus Taschkent kommt. Kürzlich sind Juden aus Tschechien hier angekommen. Es gibt stark religiöse und stark säkulare Tendenzen. Und das sind nur die Juden. Neben ihnen gibt es 40 verschiedene christliche Denominationen. Dann gibt es 27, 28 Prozent Palästinenser, die verschiedenartiges Arabisch sprechen, Moslems, Christen, Beduinen, Tscherkessen – alles sehr gemischt.

WELT: Wie macht man daraus eine integrierte Gesellschaft?

Kollek: Eine langfristige Sache. Das kann zwei, drei Generationen dauern. Vor einigen Wochen hatten wir eine unangenehme Angelegenheit mit Juden aus Äthiopien, die sich diskriminiert fühlten. Das ist nur durch Dummheit geschehen. Aber daran zeigt es sich, wie empfindlich jede Gruppe ist. Es gab große Zusammenstöße zwischen Juden aus Nordafrika und Juden aus Europa. Trotzdem sind wir zum großen Teil darüber hinweg. Die Schwierigkeiten meines Sohnes zum Beispiel stammen aus dem Irak.

WELT: Wie ist das Verhältnis zu den Einwanderern aus Russland?

Kollek: Da haben wir oft zu große Erwartungen. Nicht alle sind in ihren jeweiligen Berufen unterzubringen. Das ist immer noch ähnlich problematisch wie zu Zeiten der ersten Zionisten. Sie kamen als Anwälte oder Musiker und mussten im Kibbuz Zimmermann werden.

WELT: Sie haben Jerusalem verändert. Wie hat die Stadt Sie verändert?

Kollek: Ich war von früh bis spät nur noch mit Jerusalem beschäftigt.

WELT: Was war der Unterschied zwischen der Zeit 1948 bis 1967 und der Phase danach? In der ersten Phase wollten Sie ja schon Ihr Amt aufgeben.

Kollek: Von '65 bis '67 war es langweilig.

WELT: Aber Jerusalem war doch auch da schon eine spannende Stadt, geteilt und ewig am Rande eines Krieges.

Kollek: Ich hatte ja nie die Ambitionen, Bürgermeister zu werden. Ich wollte mich nur mit David Ben Gurion identifizieren. Die einfachste Art war die Bewerbung für das Bürgermeisteramt. Ich hatte fast keine Aussichten. Und dann war ich doch von einem Tag auf den anderen Bürgermeister dieser geteilten Stadt. Das hatte mich noch nicht gepackt, wohl aber die Hoffnung, dass eines Tages Kinder unterschiedlicher Religion und Herkunft wieder miteinander spielen würden. Dann kam der Sechstagekrieg. Jerusalem wurde durch Waffengewalt vereinigt. Ab da hat es mich gepackt.

WELT: Wie haben Sie Ost-Jerusalem vorgefunden?

Kollek: In einem schlimmen Zustand. Die Straßen waren verdreckt. Es gab keine Kanalisation. Die Heiligtümer waren dem Verfall nahe.

WELT: Wie ging es weiter?

Kollek: Pragmatisch. Das erste, was wir getan haben, war für die rund 700 palästinensischen städtischen Beamten deren geringe Gehälter und Pensionen innerhalb von zwei Wochen auf das Niveau unserer Beamten zu bringen.

WELT: So schnell ging das in einem demokratischen Gemeinwesen?

Kollek: Das habe ich einfach angeordnet. Die Araber wurden ja anfangs von ihren eigenen Leuten bedroht, nicht für Israelis zu arbeiten.

WELT: Amos Oz kann sich vorstellen, dass Jerusalem auch die Hauptstadt der Palästinenser wird. Das fragten wir auch Ministerpräsident Perez.



Teddy Kollek während seiner Zeit als Bürgermeister von Jerusalem

Kollek: Und der hat „nein“ gesagt.

WELT: Aber wie! Er hat gesagt, jeder könne zu allen Heiligtümern gehen. Aber Jerusalem bleibt israelische Hauptstadt.

Kollek: Schauen Sie, das ist wirklich das Hauptproblem. Souveränität ist vor allem eine Frage von Symbolen. Und um die geht es. Und das ist am schwersten zu lösen. Man kann nicht zwei Hauptstädte in einer Stadt haben, zwei Hauptstädte, ohne dass man alle möglichen Gesetze ändert. Es wird da zwei Arten von Polizisten geben, zwei Gesetze, zwei Zollämter. Das wird dann wieder eine geteilte Stadt sein. Das wollen wir nicht mehr. Außerdem: Nie hat der Islam eine Hauptstadt in einer heiligen Stadt gehabt. Hauptstadt von Saudi-Arabien ist Riad, nicht Mekka, in Persien Teheran, nicht Ghom, nicht Madschad. Vor rund 80 Jahren hat man begonnen, eine Hauptstadt für Jordanien zu bauen. In Amman und nicht in Ost-Jerusalem. Heute rührt sich ein junger und starker Nationalismus. Der will alles das tun, was wir getan haben. Ist ja zu verstehen. Aber es gibt Sachen, denen wir nicht zustimmen können. Die Vorstellung, Jerusalem könne als Hauptstadt zwei Ländern dienen, ist absurd. Jerusalem ist kein Spielzeug.

WELT: Könnte der Streit entschärft werden, rein theoretisch, wenn Israel die Hauptstadt von Jerusalem nach Tel Aviv verlegte?

Kollek: Ich werde ihnen eine Geschichte erzählen: Im Juni 1967, einige Tage nach dem Krieg, debattierten wir mit Ben Gurion die Lage. Alle sagten, nach diesem schrecklichen Debakel werden die Araber, die Palästinenser jetzt Frieden machen. Ben Gurion entgegnete: Ihr irrt euch. Das ist ein stolzes Volk, ein großes,

und gerade nach so einer Niederlage können sie auf keinen Fall Frieden machen. Wir müssen darüber nachdenken, was wir unbedingt brauchen. Wir brauchen nicht soviel Land. Das einzige, was wir wirklich nicht zurückgeben können, ist Jerusalem. Das war schon 1967. Und Ben Gurion war immer zu Kompromissen bereit. Also, von Jerusalem können wir nichts preisgeben. Es ist Hunderte Male in der Bibel erwähnt worden. Der einzige Platz, wo es nicht erwähnt wird, ist der Koran. Niemand in Israel würde dem zustimmen. Andererseits hat zu gelten: Israel wird nur dann seine Souveränität über Jerusalem behaupten, wenn es streng die Rechte der Minderheiten und ihre religiöse und kulturelle Beziehung zu der Stadt nicht nur toleriert, sondern auch respektiert. Was Ost-Jerusalem angeht, sage ich: Bei uns, und nicht bei den Arabern, liegt die Beweislast, dass ein Zusammenleben möglich ist. Bei uns, den Machtausübenden! Wir müssen uns gegenüber den Minderheiten so verhalten, wie wir es von den Diasporaländern gegenüber den jüdischen Minderheiten erwarten. Wie sah die Wirklichkeit oft aus? Arabern wurden besonders häufig Pflichten auferlegt, während Juden Recht gewährt wurden. Schon für Juden ist es schwer, mit der Bürokratie zurechtzukommen. Araber jedoch empfinden sie als direkt gegen sie gerichtet.

WELT: Es gab, was den Status der Stadt angeht, auch Probleme mit dem Vatikan. Sind sie ausgeräumt?

Kollek: Nein. Aber man ist auf dem besten Weg dazu. Bis 1967 konnte kein Israeli zu der Klagemauer gehen. Kein Christ aus Jerusalem konnte in die heilige Grabeskirche gehen. Als wir dafür verantwortlich wurden, sind alle Heiligtümer geöffnet worden. Nicht nur das. Es gab da eine kleine, baufällige Kirche, in der noch Aramäisch, die Sprache Jesu, gesprochen wurde. Wir konnten es uns im Gegensatz, zu den Arabern, nicht erlauben, dass in Jerusalem eine Kirche zusammenfällt. Wir, die Jerusalem Foundation, haben dort fast eine Million Dollar investiert.

WELT: Ist die Diskussion über eine Internationalisierung heute eher theoretischer Natur?

Kollek: Absolut. Es gibt keine einzige internationale Stadt, die funktioniert. Denken sie doch nur an Danzig!

WELT: Ein Problem ist der religiöse Extremismus, wie er sich im Straßenbild des

ultraorthodoxen Viertels Mea Shearim manifestiert.

Kollek: Da haben Sie Recht. Auch ich bin in Mea Shearim keine besonders attraktive Persönlichkeit. Ich beachte nicht alle religiösen Gesetze. Ich unterstütze Reformjuden und konservative Juden. Shearim, das ist unsere Reaktion, unser Fundamentalismus. Trotzdem: Diese Leute haben das Recht, so zu leben, wie sie wollen. Sie haben nur kein Recht, uns zu sagen, wie wir leben sollen.

WELT: Ist das eine sich ausbreitende Bewegung...?

Kollek: ... sie wächst nach jedem Terroranschlag.

WELT: Noch mal Amos Oz: Er meint, Jerusalem sei auf dem Weg, das zu werden, was Ghom in Iran ist, Tel Aviv dagegen entwickle sich zu einer mediterranen europäischen Stadt.

Kollek: Es gibt viele Leute, die das glauben, ich glaube das nicht.

WELT: Auch noch nach dem Rabin-Attentat?

Kollek: Eine schreckliche Wunde, aber sie wird heilen.

WELT: Wie steht es mit der Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus?

Kollek: Die ganz große Gefahr. Aber ich hoffe, dass ökonomische Gründe einer Ausbreitung entgegenstehen. Die arabischen Staaten werden alles tun, damit er sich nicht ausbreitet.

WELT: Und wenn Algerien und/oder Ägypten an die Fundamentalisten fällt?

Kollek: Ich hoffe, dass das nicht geschehen wird.

WELT: Was macht das Judentum so stark, dass es alle Katastrophen überlebt?

Kollek: Da sind wir bei der Frage, wie wir sie gegenüber Jerusalem gestellt haben. Warum ist Babylon zugrunde gegangen, obwohl diese Grundlagen viel stärker waren? Warum nicht auch Jerusalem? Es gibt wahrscheinlich nur einen einfachen Grund: den religiösen.

WELT: Sie sind eine legendäre Persönlichkeit. Halten Sie sich denn auch selber für bedeutend?

Kollek (lacht): Nein. Ich habe ein wenig Glück gehabt. Und dass ich mithelfen konnte, Juden vor der Vernichtung durch die Nazis zu bewahren.

WELT: Dabei haben Sie Eichmann kennen gelernt.

Kollek: Durch Zufall. Ich sollte in England die zionistische Jugendbewegung or-

ganisieren. Von der englischen Regierung erhielt ich die Bewilligung, 3.000 Jugendliche aus Deutschland auf die Insel zu bringen, nicht nach Israel. Die Bedingung war, dass wir für jeden dieser Juden einen Platz in der Landwirtschaft schaffen konnten. Die Stadt war wegen der hohen Arbeitslosigkeit tabu. Damals wollten die Nazis die Juden noch nicht ermorden, sie nur in den besetzten Gebieten loswerden. In dieser Angelegenheit bin ich also im März 1939 nach Wien gefahren – zu einer SS-Stelle. Mein SS-Gegenüber war Adolf Eichmann. Ein unauffälliger Mensch. Es gelang, die 3000 Juden zu evakuieren.

WELT: Ein merkwürdiges Gefühl, diesen Mann später in Jerusalem wieder zu sehen?

Kollek: Es gab damals viele merkwürdige Gefühle.

WELT: Sie erwähnten die Jerusalem Foundation. Was soll diese Stiftung bewirken?

Kollek: Jerusalem zu helfen; die Stadt ist arm. Nach der Vereinigung wuchsen die Probleme: Es gab Verpflichtungen, die weit über normale Verpflichtungen von Städten hinausgingen. Es fehlte an allem, vor allem auf arabischer Seite. Dazu kam: Wenn wir die Via Dolorosa frisch pflastern wollten, so hat das zwei, drei Millionen Dollar gekostet. Wo hätten wir so etwas hernehmen sollen? Da haben wir diese Stiftung geschaffen. Wir dachten, über die Via Dolorosa gehen jedes Jahr eine Million Leute, die wenigsten davon Israelis. Warum soll uns die Welt da nicht helfen?

So gelang es, in 28 Jahren 300 Millionen Dollar zu sammeln. Damit haben wir 104 Parks und Spielplätze angelegt – mit den Namen der Geber darauf.

WELT: Israelische Siedler auf der Westbank, Rosenzüchter, sagten uns: Wenn Arafat die Wahl gewinnt, gehen wir weg. Einer aber sagte. Ich bleibe: Wer, zum Teufel, ist Arafat?

Kollek: 1948 hat man uns nicht einmal ein Jahr gegeben. Jetzt sind bald fünf Jahrzehnte vergangen. Wir existieren, sind von 600 000 Einwohnern auf vier Millionen Juden gewachsen. Nicht alle schlechten Prophezeiungen treffen ein.

WELT: Israel ist demnach ein optimistisches Land.

Kollek: Ein häufig klagendes Land. Fast masochistisch, aber zu gleicher Zeit voll von Optimismus. ■

Kritik, die keine ist: Alex Feuerherdt sprach in Erfurt über die Agenda der ‚Israelkritiker‘

Erfurt: Seit geraumer Zeit wird Israel durch Kampagnen, die sich „Free Gaza Flotte“, „Israel Apartheidwoche“ oder „Boycott, Sanktionen, Deinvestment“ nennen, in seiner Existenz bedroht. Vor diesem Hintergrund hielt Alex Feuerherdt am 16. Februar auf Einladung der AG Erfurt und des DGB Bildungswerks Thüringen in der gut besuchten Kleinen Synagoge in Erfurt einen Vortrag zum Thema „Die Agenda der ‚Israelkritiker‘“.

An drei ausgesuchten Beispielen – der Free Gaza Flotte, Amnesty International und der israelischen Siedlungen – zeigte Feuerherdt, dass man in diesen Fällen nicht mehr von Kritik sprechen kann, denn „gleich, was Israel unternimmt, seine Gegner und Feinde sehen darin immer nur weitere Belege für seine abgründige Bösartigkeit. Dieses Denkmuster ist altvertraut und wohlbekannt; es ist ein antisemitisches.“

In den Medien und der öffentlichen Meinung gibt es kein Thema, was so vehement und einseitig behandelt wird. Nicht Darfur führt die Leitartikel an, sondern ein ums andere Mal ist es Israel. So ist es bezeichnend, dass laut einer aktuellen FES-Studie 47,7% der Deutschen davon überzeugt sind, Israel führe einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser. Dass sich in einer solchen Atmosphäre deutsche Politiker mit Islamisten gemein machen und mit einem Schiff die israelische Blockade durchbrechen wollen scheint nur logisch. Weder die antijüdischen Gesänge an Bord noch mitgeführte Waffen hielten die deutschen Politiker ab, sich als Opfer israelischer Aggressionen darzustellen, so Feuerherdt, und hiermit in deutschen Medien offene Türen einzu- rennen. Anhand der Vorfälle um die Mavi Marmara zeigte Feuerherdt auf, dass es sich hierbei um eine neue Strategie der Israelfeinde handelt: „Israels Feinde haben mittlerweile begriffen, dass es in einem asymmetrischen Krieg darum geht, ein Mittel zu finden, mit dem der militärisch überlegene Gegner zu Fall gebracht werden kann. Dieses Mittel – das auf Dauer wirksamer ist als Selbstmordattentate und

Raketen – sind die Medien und die Öffentlichkeit, die zunehmend erfolgreich in Anspruch genommen werden, um Israel zu isolieren und zu schwächen.“ Gleiches zeigte Feuerherdt am Beispiel eines Berichts von Amnesty International (ai) auf. Darin behauptete ai, dass Israel den Palästinensern im Westjordanland gezielt Wasser vorenthalte. Doch Alex Feuerherdt präsentierte Daten, die zu einem ganz anderen Ergebnis kommen. Palästinensische und israelische Statistiken zeigen, dass weder Israel den Palästinensern



Alex Feuerherdt während seines Vortrags in der Erfurter Kleinen Synagoge

Wasser vorenthält, noch dass Israel zu den größten Wasserverschwendern im Nahen Osten zählt. Entgegen den Zahlen von ai verbrauchen Palästinenser beispielsweise nicht 70 Liter Wasser pro Kopf, sondern laut des palästinensischen Statistikamts 136 Liter/Kopf.

Schließlich wendete sich Alex Feuerherdt noch den israelischen Siedlungen im Westjordanland zu. Für ihn ist es zunächst einmal eine absurde Forderung zu verlangen, dass in einem zukünftigen Palästinenserstaat kein Jude leben soll: „Die obligatorische völkerrechtliche Argumentation für einen Abzug der Siedler als angeblich unabdingbare Voraussetzung für

die Gründung eines palästinensischen Staates geht“, so Feuerherdt, „praktisch nie mit der Versicherung einher, dass ein prospektives Palästina selbsttendend eine jüdische Minderheit zu akzeptieren hat.“ Ein kurzer Blick in die Geschichte genüge zudem, um zu sehen, dass nicht die Siedlungen das Haupthindernis für einen Frieden waren, sondern die Anerkennung eines jüdischen Staates. Denn Frieden gab es bis 1967 nicht, obwohl keine einzige Siedlung existierte, und auch nach Israels Abzug aus Gaza erhielt Israel Raketen statt Frieden.

In der abschließenden Diskussion betonte Feuerherdt noch einmal, dass die vorgestellten Beispiele nicht mehr Kritik, sondern klarer Antisemitismus seien. Sie würden alle Kriterien des sogenannten 3-D-Test für Antisemitismus erfüllen, das

heißt, sie dämonisierten Israel, wendeten doppelte Standards auf Israel an und zielten eindeutig auf eine Delegitimierung Israels ab. Das Schlussfazit von Alex Feuerherdt fiel leider nicht sonderlich optimistisch aus. So stellte er fest, dass er auf die Frage, was angesichts des zunehmenden Hasses gegen den jüdischen Staat zu tun sei, keine Antwort habe. Um die Zuhörer aber nicht vollkommen desillusioniert nach Hause zu schicken, fügte Feuerherdt noch hinzu, dass man sich als Israelfreund zwar nicht allzu großer Illusionen hingeben solle, er aber dennoch an die Macht der Aufklärung glaube. ■

(kzd)

100 Jahre Teddy Kollek

Internationales Jahrestreffen der Jerusalem Foundation 2011

Die diesjährige Konferenz der **Jerusalem Foundation** vom 30.5.-2.6. stand ganz im Zeichen von Teddy Kollects 100. Geburtstag. Der legendäre Jerusalemer Bürgermeister – geb. am 27.5.1911 und aufgewachsen in Wien – hatte seine Stiftung vor 45 Jahren ins Leben gerufen. Seither konnte die Foundation in seinem Sinne mehr als 4.000 Projekte in allen Stadtteilen und für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen verwirklichen – zur Förderung von Koexistenz, Kultur und kommunaler Wohlfahrt.

Kollek starb Anfang 2007 in Jerusalem, der Stadt, der er sein Leben gewidmet hatte. Bis heute gilt er als eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der modernen Geschichte Israels.

Ehrengast aus Deutschland war der 2. Vorsitzende der Jerusalem Foundation Deutschland e.V., **Matthias Platzeck**. Der Brandenburger Ministerpräsident überreichte in der Hattie Friedland-Schule für gehörlose und schwerhörige Kinder einen Scheck. Bereits im dritten Jahr unterstützen er

und sein Bundesland JF-Ferienlager für sozial benachteiligte und behinderte jüdische und arabische Kinder. Auch **Dr. Christine Kreiner** und **Stephan Goericke** überreichten einen Scheck für die Summer Camps. Unter der Schirmherrschaft Platzecks hatten die beiden Unternehmer für dieses Projekt im Dezember 2010 drei Konzerte des Jerusalemer Ankor Chors in Brandenburg ermöglicht.

Weitere Konferenzgäste aus Deutschland waren u.a. **Dr. Elisabeth Preuß**, Bürgermeisterin der Stadt Erlangen, sowie **Tobias Kurzmaier**, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Dr. Thomas Goppel, MdL Bayern. In Begleitung von **Gabriele Appel**, Deutschland-Direktorin der Stiftung, besuchten sie u.a. das Gehörlosenzentrum MICHA. Diese Einrichtung bietet umfassende Betreuung für gehörlose und gehörgeschädigte Kleinstkinder und deren Angehörige. Das Projekt soll mit Hilfe von Stiftungsfreunden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz



Scheckübergaben von Ministerpräsident Matthias Platzeck, Dr. Christine Kreiner und Stephan Goericke



unter Leitung von Stiftungspräsidentin **Ruth Cheshin** und des Internationalen Vorsitzenden **Sallai Meridor** stand eine Sonderveranstaltung im Jerusalemer Konrad Adenauer Konferenzzentrum mit Ausstellung und Gesprä-



MICHA-Besichtigung mit Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß und Thomas Kurzmaier



Ministerpräsident Platzeck mit Jerusalems Bürgermeister N. Barkat

umfassend aufgewertet und ausgebaut werden, damit ein ganzheitliches Zentrum entstehen kann.

Im Mittelpunkt des Jerusalem-Foundation-Treffens

chen über Teddy Kollek und seine Vision. Ihren krönenden Abschluss fand die Konferenz mit einem großen Freiluftkonzert im Jerusalemer Sacher Park.

2:1 für deutsche Bürgermeister-Nationalelf

Am 12.5.11 war es endlich soweit: Die Fußball-Nationalmannschaft der deutschen Bürgermeister wurde im Jerusalemer Rathaus von Stadtrat und Sportreferent **Elisha Peleg** und **Irène Pollak**, Direktorin

fer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, und **Uwe Lübking**, Beigeordneter des DStGB, hatten sich die deutschen Stadtobersten zu einem Freundschaftsspiel mit ihren Jerusalemer Kollegen ein-



der Abteilung für deutschsprachige Länder der Jerusalem Foundation, empfangen. Unter Leitung von **Roland Schä-**

gefunden. Zudem überreichten sie einen Scheck für die Jerusalem Foundation. Die Spende trägt zur Teilnahme von behin-

Besuch aus Bad Bentheim

Ebenfalls im Mai 2011 begrüßte Irène Pollak-Rein eine Reisegruppe aus Bad Bentheim in Jerusalem.

Im Rahmen ihrer Bürgermeister-Veranstaltungen 2008 und 2009 hatte JF-Deutschland-Direktorin **Gabriele Appel** Beziehungen zur Stadt Bad Bentheim und Bürger-

meister **Dr. Volker Pannen** aufgebaut und dort diverse Koexistenzprojekte der Foundation vorgestellt.

Nachdem die JF 2010 Bürgermeister Dr. Pannen in Jerusalem begrüßen durfte, freute sich die Foundation, diesmal Bürger seiner Stadt willkommen zu heißen, allen voran



Scheckübergabe an YMCA-Direktor Hussein (2. v.l.) und Irène Pollak (r.) durch Rainer Deters



Übergabe des Schecks durch den Teamchef der deutschen Bürgermeister-Nationalelf, Bürgermeister Schuster

derten jüdischen und arabischen Jugendlichen aus Jerusalem an den diesjährigen Special Olympics für Behinderte in Athen bei.

Vorausgegangen war Ende 2009 eine Einladung von Deutschland-Direktorin **Gabriele Appel** zum 2. Bürgermeister-Event der Stiftung im Berliner Rathaus. An diesem hatten u.a. Teamchef **Joachim Schuster** (BM Neuenburg/Rhein) sowie Spieler der Bür-

germeisterelf teilgenommen, woraus sich die sportliche Freundschaft entwickelte.

Nach dem Anpfiff am Nachmittag zeigte sich die Überlegenheit der deutschen Mannschaft, die mit 2:1 den Sieg davontrug – hoffentlich Anreiz für ein Rückspiel. Die Jerusalem Foundation ist Bürgermeister Schuster und seinem Team sehr verbunden für ihren Einsatz in Jerusalem.

Rainer Deters. Der Bad Bentheimer hatte mehrere Monate lang in seiner Region in einer Privatinitiative Spenden für ein jüdisch-arabisches Projekt der Stiftung gesammelt. Gemeinsam mit seinen Freunden überreichte er nun vor Ort einen Scheck. Die Spende gilt Stipendien für unterprivilegierte jüdische und arabische Kinder im Friedenskindergarten des Jerusalemer YMCA.

Gemeinsam mit Irène Pollak besuchten die Gäste den Kindergarten. YMCA-Direktor Forsan Hussein führte die Gruppe durch den YMCA und dessen verschiedene Koexistenz-Einrichtungen. Bürgermeister Dr. Pannen, den Freunden aus Bad Bentheim und Schüttorf und vor allem Rainer Deters gilt der besondere Dank der Jerusalem Foundation für ihren Einsatz.

IMPRESSUM

Jerusalem Foundation

Internet: www.jerusalemfoundation.org

Irène Pollak-Rein, M.A., Senior Advisor to the President
11, Rikva Street • POB 10185 • Jerusalem 91101 • Israel
Tel.: 00972-2-675 17 13 • Fax: 00972-2-565 10 10

E-Mail: irenep@jflm.org

National Director, Germany

Gabriele Appel, M.A., Chopinstraße 16 • 81245 München
Tel.: 089-89 67 02 13 • Fax: 089-83 39 57

E-Mail: gabrielea@jflm.org

Jerusalem Foundation Deutschland

E-Mail: jfdberlin@onlinehome.de

Bankverbindung: Commerzbank Berlin
Konto-Nr. 0222 8500 00 • BLZ 100 400 00

Gemeinsame Aktion verurteilt Boykottaufrufe gegen Israel

Bremen: Auch wenn es einige Hinweise und Befürchtungen gegeben hatte in den letzten Jahren: Vorstellen konnten wir uns nicht, dass sich in Bremen tatsächlich Menschen vor einen Supermarkt stellen würden mit dem Plakat: „Boykottiert Israels Früchte“; aus einer Grapefruit tropft Blut, und darunter: „Rettet das palästinensische Volk“. Aber es ist geschehen, am 11. März 2011. Aufgerufen hatten ein „AK Süd-Nord Bremen“ und das „Bremer Friedensforum“ (ja, genau, Tradition Ostermarsch usw.). Ihr Flugblatt trug die Überschrift „Wir schließen uns dem weltweiten Appell besorgter Juden und Jüdinnen an und rufen mit ihnen zum Boykott auf: Kaufen Sie keine Früchte aus Israel und den besetzten Gebieten!“ Israelische Marken werden namentlich aufgezählt, Israel mit dem Apartheidregime in Südafrika in eins gesetzt und mehrfach behauptet, der Boykott sei eigentlich eine weltweite jüdische Aktion, die man unterstütze.

Niemand hatte am 11. März zu einer Gegendemonstration aufgerufen, um der

Aktion nicht zu unnötig Publizität zu verhelfen, aber es gab dennoch spontanen Protest und Gegenauflärung unter der Fahne Israels. Aber nachdem die Boykottaktion relativ große Resonanz in der Lokalpresse fand, hat die DIG Bremen sich noch einmal öffentlich geäußert und sich an die christlichen Kirchen gewandt mit der Bitte, klar Position zu beziehen; denn immerhin beriefen sich die Boykotteure prominent auf den Weltkirchenrat in Genf, und unter den aktiven Boykottbetreiber sind mehrere Pastoren.

Der Schriftführer der Evangelischen Kirche in Bremen hat daraufhin auf der Feier zur Woche der Brüderlichkeit am 15. März eindeutig Stellung genommen und klar gemacht, dass der Boykott sich nicht auf die Kirchen berufen könne. Bremens Bürgermeister Böhrnsen entschuldigte sich für die „respektlose Aktion“ und die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde stellte klar, dass der Aufruf natürlich an den Spruch „Kauft nicht bei Juden“ der Nazis erinnere, auch wenn die Verfasser das bestreiten.

Unser Eindruck war, dass wir die Sache mit diesen Klarstellungen noch nicht auf sich berufen lassen konnten. Denn es handelt sich ja um die sehr zugespitzte Form der Herabsetzung Israels, der Delegitimierung seiner Existenz; nach den Provokationen der Gaza-Flottille und all dem alltäglichen Miss- und Fehlverständnis über Israel in den Medien. Deshalb hat die DIG Bremen der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, den „Bremer Freunden Israels“ und der Jüdischen Gemeinde vorgeschlagen, die politischen Parteien mit der Frage zu konfrontieren und sie um eine Stellungnahme zu bitten.

Unserer Einladung zu einem Gespräch sind am 30. März alle fünf im Landtag vertretenen Parteien gefolgt: CDU, die Grünen, FDP, die Linke und die SPD. Als Ergebnis des Gedankenaustausches haben sich die Beteiligten darauf verständigt, einen gemeinsamen Aufruf gegen die Boykottaktion zu verfassen. Mit einer Ausnahme: Der Linken. Der Landesvorstand der Linken erklärte zwar, man habe den Aufruf nicht unterstützt, äußerte aber jede Menge Verständnis für ihn. Ohnehin hatte das „Friedensforum“ alle Aufrufe, Verteidigungen, Berichte,

Keine Boykottaufrufe gegen Israel in unserer Stadt!

Anfang März haben in Bremen einige Gruppen zum Boykott israelischer Waren aufgerufen; die Kundinnen und Kunden eines Supermarktes wurden direkt aufgefordert, keine Früchte aus Israel zu kaufen.

● Wir verurteilen diesen Boykottaufruf. Er widerspricht unserem Verständnis von gesellschaftlichem und politischem Zusammenleben aus mehreren Gründen:

● Solche Boykottaufrufe machen einseitig Israel verantwortlich für die Konflikte im Nahen Osten und unterstellen, Israel sei die Quelle von Gewalt und Verbrechen.

● Solche Boykottaufrufe richten sich gegen den Staat, der vielen Holocaustüberlebenden zur Heimat wurde, und nehmen dabei die Nähe zur Nazi-Parole „Kauft nicht bei Juden“ in Kauf.

● Solche Boykottaufrufe leisten einem immer noch verbreiteten Antisemitismus in Teilen unserer Gesellschaft Vorschub.

● Solche Boykottaufrufe, indem sie Hass und Unversöhnlichkeit schüren, verstellen gerade den Weg zu friedlichen Lösungen des Konfliktes mit dem Ziel der Koexistenz von Israelis und Palästinensern in zwei demokratischen Staaten.

● Solche Boykottaufrufe sind der Versuch einer massiven Verunglimpfung, Herabsetzung und Delegitimierung des demokratischen jüdischen Staates. Sie haben nichts zu tun mit der selbstverständlich auch in unseren Organisationen zum Teil kontrovers geführten Diskussion und Kritik der konkreten Politik der einen oder anderen israelischen Regierung.

Wir erwarten, dass die politischen Diskussionen über Israel und den Nahostkonflikt im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung und in Kenntnis der geschichtlichen Hintergründe der heutigen Situation geführt werden.

Wir hoffen und erwarten, dass es keine weiteren Boykottaufrufe in Bremen geben wird.

Wir erklären gleichzeitig unmissverständlich: sollte es doch dazu kommen, treten wir öffentlich dagegen auf und fordern die Bremerinnen und Bremer auf, so etwas nicht hinzunehmen.

Wir werden unsere Überzeugung deutlich machen, dass solche Boykottaufrufe gegen den jüdischen Staat in der demokratischen Tradition unserer Stadt keinen Platz haben.

Unterstützungsleserbriefe auf der Webseite der Bremer Linken veröffentlichen können, die damit faktisch Gastgeber der Boykottplattform war.

Als dann in den folgenden Wochen der gemeinsame Aufruf erarbeitet wurde, hat sich die Linke nicht beteiligt und ihn am Ende nicht unterschrieben.

Im Gegenteil, sie hat in einer Stellungnahme ausdrücklich bestätigt, dass sie den Boykott als Teil der weltweiten anti-israelischen Kampagne BDS („Boykott – Disinvestment – Sanctions“) sieht, die sie für legitim hält. Aber: so wie der Bremer Boykottaufruf ein kritisches Echo bundesweit auch bei Mitgliedern der Linken gefunden hatte, so haben sich auch in Bremen Abgeordnete und Mitarbeiter der Parlamentsfraktion von der israelfeindlichen Haltung ihres Landesvorstands distanzieren.

Am 9. Mai haben die vier Organisationen zusammen mit den vier Parteien den Aufruf der Presse vorgestellt (siehe Kasten). Entscheidend ist, dass dieser Aufruf Grundlage für gemeinsames Handeln werden kann, wenn der jüdische Staat in Bremen wieder in solcher Form öffentlich angegriffen werden sollte. ■

Dr. Hermann Kuhn

Unterzeichner:

- Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Bremen
Martin Pühn, Evangel. Vorsitzender
- Deutsch-Israelische Gesellschaft
Bremen, Dr. Hermann Kuhn
- Bremer Freunde Israels e.V.
Prof. Dr. Gerd-Volker Rösenthaller
- Jüdische Gemeinde im Land Bremen
Elvira Noa, Vorsitzende
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bremen
Landesvorsitzende Dr. Karin Mathes
- CDU
Landesverband Bremen
Landesgeschäftsführer Martin Roth
- FDP
Landesverband Bremen
Landesvors. Dr. Oliver Möllenstädt
- SPD
Landesverband Bremen
Landesgeschäftsführer Roland Pahl

Bremen, den 9. Mai 2011

Experiment Wissensvermittlung und Diskussionskultur

Osnabrück: Die VHS-Osnabrück, die Deutsch-Israelische Gesellschaft – AG Osnabrück – und die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft – RG Osnabrück und Umgebung – blicken als Veranstalter auf ein bundesweit einmalig gelungenes Experiment der Wissensvermittlung und der Diskussionskultur.

71 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erlebten ein Wochenende der besonderen Art. Sie haben sich auf eine neue Organisationsstruktur eingelassen, bei der die Themen jeweils in getrennten Räumen und parallel, einmal von der israelischen und dann von der palästinensischen Perspektive vorgestellt wurden. Erwähnenswert ist zudem, dass die Themenfelder ausschließlich von Mitgliedern der beiden Gesellschaften autodidaktisch aufgearbeitet und dann sachkundig und ehrenamtlich vorgetragen wurden.

Wohl wissend, dass jedes der sechs ausgesuchten Themen der gemeinsamen Wochenendveranstaltung zum Israel-Palästina-Konflikt unter anderen Umständen eher Grund für Diskrepanz und Streit wäre, war die Veranstaltung vom Anfang bis zum Ende von Interesse, gegenseitigem Respekt und Verständnis geprägt.

Die brisanten Themen, die von den Teilnehmern mit hoher Konzentration und großem Interesse verfolgt wurden, behandelten folgende Aspekte des Nahostkonfliktes:

- Wem gehört das Heilige Land? – Zwei Ansprüche, ein Land!
- Flüchtlingsfrage und Vertreibung
- Terror und Sicherheit
- Ressourcen und gegenseitige Abhängigkeit
- Siedlungspolitik
- Zwei Staaten – Eine Lösung? Welche Bedingungen müssen von der Gegenseite erfüllt werden?

Die Referenten der beiden Positionen sind in vielen Fällen aufeinander zugegangen und haben oft Kompromissbereitschaft gezeigt. Selbstverständlich gab es auch in anderen Aspekten heftige Kritik an das jeweils andere Lager. Sowohl die sachliche Vortragsart als auch die anschließend stattfindende Gelegenheit zum Nachfragen waren von einem ruhigen und freundlichen Klima begleitet. Teilnehmer, Referenten und Veranstalter sind von dem Ablauf dieser erfolgreichen Veranstaltung so überzeugt, dass sie sie als Modell für andere Städte empfehlen. ■

Euro-Islam als Alternative zum islamistischen Antisemitismus

Nürnberg – Mittelfranken: Fragezeichen und Optimismus hinterließ der Vortrag von Prof. Dr. Bassam Tibi bei den 60 Zuhörern im Caritas-Pirckheimer-Haus. Fragezeichen zur demokratischen Zukunft in Nahost und zur Art eines Islamunterrichts in Deutschland. „Welcher Islam soll es denn sein?“. Optimismus gegenüber einem noch zu verwirklichenden „Euro-Islam“, da 95 Prozent der Muslime keine Islamisten sind.

Der inzwischen emeritierte Politikwissenschaftler, 1944 in Damaskus geboren und deutscher Staatsbürger seit 1976, war jahrelang in Deutschland „der“ Islamexperte. Von 1973 bis 2009 war er Professor für Internationale Beziehungen an

der Georg-August-Universität in Göttingen, Professor der Cornell University in Ithaca, New York, Senior Research Fellow an der Yale University, USA, als erster Muslim arbeitete er am US Holocaust Memorial Museum Washington D.C. for the „Study of Anti-Semitism“. Er war es auch, der den Begriff „Euro-Islam“ erstmals 1992 in die Diskussion einführte.

Den beschreibt er als Brücke zwischen Islam und Europa. Der alte Kontinent muss dabei das Recht haben, seine zivilisatorische Identität zu bewahren, ohne diese gegen die Muslime zu richten. Er erwartet aber von ihnen Anpassung ohne Selbstaufgabe. Scharf trennt Tibi zwischen Integration (zu Hause Moslem,



Prof. Dr. Bassam Tibi

draußen Deutscher) und Assimilation (letztendlich Aufgabe der Herkunftsidentität). Einen weinenden Türken vor der Fahne der Bundesrepublik („Ich sterbe für Deutschland!“) jedoch kann er sich nicht vorstellen.

Die Haltung in Deutschland versteht er nicht immer. So, als im Jahre 2000 zwei Anschläge auf Synagogen in Deutschland zum „Aufstand der Anständigen“ mit Lichterketten in vielen Städten zu Empörung über die vermeintlich rechtsradikalen Täter führte. Drei Wochen später wurde bekannt, dass die Täter Marokkaner und Palästinenser waren. Nun wurde aus dem Aufschrei Verständnis, die Schandtat war jetzt legitim. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung verweigerte Tibi den Abdruck eines Kommentars dazu. Feigheit nennt er das. Auch bemängelt er das Fehlen einer in Spitzennationen praktizierten wissenschaftlichen Diskussionskultur.

Ganz Wissenschaftler, stellt er fest, dass nicht jeder antijüdische Rassismus oder jede Kritik am Tun israelischer Regierungen mit Antisemitismus gleichzusetzen ist, denn letzterer zielt ja auf die „Befreiung der Welt vom Juden“ durch Vernichtung ab. Aber was ist das, wenn der türkische Staatspräsident Abdullah Gül dem Führer der IHH (Organisator der Marva Marmara) bei einem Staatsbesuch im Iran nicht widerspricht, als dieser sich für einen Nahen Osten ohne die USA und Israel aussprach?

Tibi lehrte in 20 Ländern und kennt die verschiedenen „Islame“ in ihrer Unterschiedlichkeit von Indonesien mit fünf in

der Verfassung verankerten gleichgestellten Religionen bis hin zu Saudi-Arabien mit der Scharia. Seine Tätigkeit im Senegal wurde zu seinem Schlüsselerlebnis. Dort lernte er eine tolerante, offene und auf Geschlechtertrennung verzichtende Koraninterpretation kennen, den „afrikanisierten“ Islam. Zehn Jahre brauchte es, bis er sich einen so auf Europa zugeschnittenen Islam vorstellen konnte. Laizistisch, demokratisch, pluralistisch, die individuellen Menschenrechte wachhaltend und mit einer über die Koranauslegung hinausgehenden Toleranz, die auch Hindus, Buddhisten und Ungläubige einschließt, ohne Antisemitismus, wie es ihn autochthon in der islamischen Welt bis

1928 auch nicht gab. Gefahr sieht er in der Moslembruderschaft, die sich in Ägypten mit der Schrift „Unser Kampf gegen die Juden“ herausbildete. Die Vertreter dieser im Koran nicht vorgesehenen Variante des Djihad waren in ihren Ländern unerwünscht. Sie emigrierten in die aufnahmebereiten Demokratien und bauten dort – anfänglich unbemerkt – gefährliche Netzwerke auf. Alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konflikte sind unter Vernünftigen lösbar. Nicht jedoch, wenn sie, wie er es verbalisiert, „religionisiert“ werden, Beispiel: Heiliges Land. Für Europa setzt Bassam Tibi weiter auf den Euro-Islam.

Heribert Schmitz

Hunderte Besucher feierten Israels Geburtstag

Stuttgart: Am 10. Mai feierten mehrere hundert Menschen auf dem Stuttgarter Schlossplatz den 63. Geburtstag Israels. Bei strahlendem Sonnenschein präsentierten sich elf verschiedene Organisationen und Initiativen mit Informationen über den jüdischen Staat. Wer wollte, konnte israelische Spezialitäten verkosten oder bei Hora Israel mittanzen. Staatsrätin Prof. Dr. Regina Ammicht Quinn begrüßte die Teilnehmer im Namen des Landes Baden-Württemberg. Der Stutt-

garter Bürgermeister Dr. Schairer brachte die Verbundenheit der Landeshauptstadt mit Israel zum Ausdruck und betonte, es sei wichtig, den Israeltag „nicht hinter verschlossenen Türen“, sondern an einem zentralen Ort mitten in der Stadt zu begehen.

Über Stunden regelrecht von Interessenten „belagert“ war der Informationsstand der DIG, regen Absatz fand das Faltblatt „Apartheid oder Gleichberechtigung? Anmerkungen zu einigen gängigen Vor-



Besucher auf dem Stuttgarter Schlossplatz anlässlich des 63. Geburtstages Israels

urteilen gegenüber dem jüdischen Staat“, das wir gemeinsam mit anderen DIG-Arbeitsgemeinschaften rechtzeitig zum Israeltag herausgegeben hatten. Ein vielfältiges kulturelles Angebot, u.a. mit der Schulband „Imperium“ der Jakob-Friedrich-Schöllkopf-Schule aus Kirchheim/Teck und der Jazzband der Thelma Yel-

lin High School of the Arts aus Givatayim rundete den Tag ab, der gemeinsam von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs, dem TSV Makkabi Stuttgart, der WIZO Stuttgart, dem forum jüdischer bildung und kultur und der DIG Stuttgart & Mittlerer Neckar organisiert wurde. ■

Michael Heitz ist Preisträger des Obermayer German Jewish History Award 2011

Mannheim/Rhein-Neckar: Der Vorsitzende des Vereins „Jüdisches Leben Kraichgau“ und Vorstandsmitglied der DIG Rhein-Neckar, Mannheim, Michael Heitz, hat den renommierten Obermayer German Jewish History Award (Deutsch-Jüdischen Geschichtspreis) 2011 verliehen bekommen.

Mit ihm zusammen wurden fünf weitere Preisträger geehrt. Die Verleihung fand statt unter der Teilnahme des Gründers und Vorsitzenden der Obermayer-Stiftung, Dr. Arthur S. Obermayer, und des Präsidenten des Berliner Abgeordne-

tenhauses, Walter Momper. In seiner Laudatio im Abgeordnetenhaus lobte Arthur Obermayer, dass die Ausgezeichneten in ihren Heimatgemeinden eine „herausragende Arbeit“ leisteten, um die jüdische Geschichte zu bewahren. Walter Momper lobte die Geehrten mit folgenden Worten: „Die Menschen, die heute ausgezeichnet werden, haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Erinnerung an Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft und deren Kultur in Deutschland lebendig zu erhalten.“ Die Geehrten leisteten „erstaunliche und beachtenswerte Beiträ-

ge zum Gedenken“. Auf diese Weise erwiesen sie den Opfern ihre Hochachtung, gäben der jüdischen Kultur ihren Platz in der Mitte Deutschlands wieder und den Toten ihre Gestalt und ihre Namen. „Das bedeutet mir unheimlich viel“, sagte Michael Heitz über die Verleihung. „Vor allem deshalb, weil Juden ihn für den Preis nominiert hätten. Darunter unter anderem der ehemalige Eppinger Werner Frank, der jetzt in den USA lebt, sowie die beiden Brüder Menachem Mayer (Jerusalem) und Fred Raymes (Sarasota, Florida), die im Film „Wiedersehen in Hoffenheim - menachem & fred -“ die Hauptrolle spielen.

Der Film handelt u.a. von der Versöhnung der aus Hoffenheim vertriebenen Brüder mit den ebenfalls aus der gleichen Kraichgaugemeinde stammenden Geschwistern Hopp. Michael Heitz hatte aktiv dazu beigetragen, dass die Deutschlandpremiere dieses besonderen Films in Sinsheim stattfinden konnte. Die Obermayer Awards, die in diesem Jahr zum elften Mal verliehen werden, gehen alljährlich an nichtjüdische Deutsche, die sich dafür engagieren, die Erinnerung an die jüdischen Gemeinden aus der Zeit vor dem Holocaust wachzuhalten. Das Besondere dabei ist, dass die Nominieren-

Israel-Tag 2011 mit viel Musik, Tanz und Kunst

Ulm/Neu-Ulm: Die DIG-AG Ulm/Neu-Ulm hatte einen Info-Kunst-Stand zum ISRAEL-TAG 2011 beim Ulmer Stadthaus am Münsterplatz eingerichtet. Ein Jugendchor aus Namibia sang und tanzte – völlig ungeplant – zwischen unserem DIG-Stand und dem ‚Christen für Israel‘-Stand. Außerdem präsentierten DIG-Mitglieder den interessierten Besuchern Musik. Viel Interessenten wurden ‚angelockt‘ durch die Kunstwerke mit Israel-Motiven. Insgesamt gab es nur zwei ‚Provokateure‘, ansonsten viel Freundlichkeiten. Wir waren SEHR zufrieden.

tierten DIG-Mitglieder den interessierten Besuchern Musik. Viel Interessenten wurden ‚angelockt‘ durch die Kunstwerke mit Israel-Motiven. Insgesamt gab es nur zwei ‚Provokateure‘, ansonsten viel Freundlichkeiten. Wir waren SEHR zufrieden.

Marlis Glaser



Tanzender Jugendchor aus Namibia am DIG-Stand Ulm



Arthur Obermayer, Michael Heitz und Walter Momper bei der Preisverleihung

den Juden sind, die außerhalb Deutschlands leben und häufig Angehörige hatten, die dem Holocaust zum Opfer fielen. Michael Heitz engagiert sich seit vielen Jahren für die Bewahrung der jüdischen Geschichte und Kultur in Epipingen und dem gesamten Kraichgau.

Seit vielen Jahren ist er auch Mitglied im Vorstand unserer Arbeitsgemeinschaft. Er war Mitbegründer des Jugendforums Rhein-Neckar/Kraichgau. Der Vorstand unserer AG gratuliert Michael Heitz ganz herzlich zu dieser hohen Auszeichnung! ■

Dr. Johannes Gerster führt Kasseler Reisegruppe durch „sein“ Mainz

Kassel: Am 3. April besuchten 42 Mitglieder und Freunde der Arbeitsgemeinschaft Kassel das über 2000 Jahre alte Mainz. Dank des wunderbaren Wetters und insbesondere der kompetenten, kurzweiligen Führung durch den ehemaligen DIG-Präsidenten Dr. Johannes Gerster wurde es für alle ein Tag der „ganz besonderen Art“.

Der Kasseler Bus war pünktlich am vereinbarten Treffpunkt vor der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz in Mainz. Dort wartete bereits Dr. Gerster, und so konnte es direkt los gehen! Eine erste kleine Stadtrundfahrt, bei der Johannes Gerster bereits eine Menge interessanter Erklärungen zur Geschichte der Stadt gab, führte zur Hindenburgstraße und zum Synagogenplatz. Hier befindet sich der spektakuläre Bau der Neuen Syn-

agoge, der nach vielen Verzögerungen am 3. September 2010 im Beisein des Bundespräsidenten Christian Wulff, des Ministerpräsidenten Kurt Beck, des Botschafters des Staates Israel Yoram Ben-Zeev und vieler geladener Gäste endlich eingeweiht werden konnte.

Bis es dazu kam, fanden jahrelange Debatten statt. Bereits in 1995 hatte man ein „Kuratorium für eine neue Synagoge in Mainz“ ins Leben gerufen, in dem Dr. Johannes Gerster u.a. Gründungsmitglied und bis 1997 Vorsitzender war. Seine Verbundenheit und sein Interesse an diesem Synagogen-Neubauprojekt hat er bis heute beibehalten, und so konnte er auch alle wichtigen und interessanten Details zur Planung und Errichtung dieses neuen Jüdischen Gemeindezentrums authentisch

vermitteln. Bereits in 1999 fand ein Wettbewerb für einen Synagogen-Neubau statt, den der Architekt Manuel Herz gewann. Obwohl bereits im Jahr 2000 eine Baugenehmigung erteilt worden war, konnte erst im November 2008 begonnen werden. Da die Synagoge genau auf dem Grundstück der ehemaligen alten Hauptsynagoge errichtet werden sollte, musste es zwangsläufig zu erheblichen Verzögerungen kommen, denn genau an diesem Platz befand sich das 1955 erbaute Hauptzollamt, das erst einmal abgerissen werden musste. Die „alte Synagoge“ war in der so genannten „Reichskristallnacht“ im November 1938 gebrandschatzt und später gesprengt worden. Zum Gedenken an dieses Bauwerk stehen auf dem neuen Synagogen-Vorplatz die wuchtigen dorischen Säulen des einstigen Vorhofs. Sie sollen an das Pogrom und an die bis in die Antike reichende Geschichte der Juden in Mainz erinnern.

Die „Neue Synagoge“ bietet einschließlich der Emporen 450 Personen Platz. Sie beinhaltet neben dem Versammlungsraum, Mikwe, koschere Küche,



Dr. h.c. Johannes Gerster als Stadtführer

Clubraum, Kindergarten, Schulraum, Gemeindebüros, Bibliothek, Sitzungszimmer und Wohnungen. Alle wichtigen Informationen sowohl hierzu als auch zur Dekoration und Ausstattung des Versammlungsraums und der eigenwilligen Architektur des Synagogenbaus vermittelte die Vorsitzende der Mainzer Jüdischen Gemeinde Frau Stella Schindler-Siegreich. Ihr konnte am Ende der Besichti-



Beeindruckende Architektur: Die „Neue Synagoge“ in Mainz

gung die Kasseler Arbeitsgemeinschaft eine kleine Geldspende für den weiteren Ausbau überreichen.

Nach einem gemütlichen Mittagessen führte Johannes Gerster die Gruppe erst durch den mächtigen Dom St. Martin und anschließend durch die Pfarrkirche Sankt Stephan.

Diese ist nicht nur die älteste gotische Hallenkirche am Mittelrhein und nach dem Dom die bedeutendste Kirche der Stadt, sie ist auch durch ihre insgesamt neun von Marc Chagall ab 1978 geschaffenen Chorfenster einzigartig in Deutschland. Auch hierzu konnte uns Herr Gerster Einiges berichten, hatte er doch bereits in 1973 Marc Chagall in der Knesset in Jerusalem getroffen. Allerdings konnte er Chagall bei der Gelegenheit nicht besonders für ein „Projekt Kirchenfenster in Mainz“ begeistern. Erst nach einem Gespräch mit Pfarrer Klaus Mayer von der Stephanskirche erwachte Chagalls Interesse, durch die Schaffung der Fenster ein Zeichen der jüdisch-christlichen Verbundenheit und der Völkerverständigung zu setzen.

Bis zu seinem Tod 1985 schuf Chagall insgesamt neun Fenster für den vorderen Teil der Kirche, die in verschiedenen leucht-

enden Blautönen biblische Gestalten und Ereignisse darstellen. Bemerkenswert ist, dass Chagall nicht nur die Entwürfe anfertigte, sondern das Glas für alle Fens-

ter selbst bemalte. Obwohl Marc Chagall Ehrenbürger von Mainz wurde, hat er die Stadt selbst nie kennen gelernt. ■

Manfred Oelsen

Soviel jüdisches Leben gab es seit Jahrzehnten nicht

Erfurt: Die Erfurter DIG war Mitinitiator und aktiver Partner bei einer Reihe jüdischer Veranstaltungen, mit denen einerseits eine Brücke zum jüdischen Leben Erfurts geschlagen wurde und andererseits eine lebendige Brücke nach Israel gefestigt werden konnte.

Im Rahmen der 18. Tage der Jüdisch-Israelischen Kultur in Thüringen, veranstaltet vom Förderverein Alte und Kleine Synagoge Erfurt e. V., fand zwischen dem 31. Oktober und dem 17. November an acht Veranstaltungsorten ein vielfältiges Programm von weit über 50 Veranstaltungen statt. Von Klezmerimprovisationen aus Buenos Aires bis zum Kantorenkonzert in Weimar, von Filmprojekten über Begegnungs- und Vorlesungsabende. Von Avi Primor bis zum Besuch von Avital Ben-Chorin gab es Begegnungen mit Israel und mit dem Judentum rund um den deutschesten aller Tage, den 9. November. Am 9. November versammelten sich Mitglieder der DIG mit der Jüdischen Landesgemeinde und Vertretern aus Staat und Politik auf dem Erfurter Jüdischen Friedhof und am selben Tag wurde in der Bahnhofsstraße 40 die fünfte Denknadel vor der ehemaligen Wohnung eines ermordeten jüdischen Deutschen errichtet. Die Arbeit und die Inspiration zu den Denknadeln sind im Wesentlichen von Dr. Martin Borowsky, dem Vorsitzenden der Erfurter DIG, geprägt.

Zusammen mit Dr. Borowsky und der aktiven Unterstützung des SPD-Oberbürgermeisters der Stadt Erfurt, Andreas Bausewein, sowie der finanziellen Unterstützung durch den Justizminister Dr. Holger Poppenhäger (SPD) gelang es, rund um die Kulturtage Avital Ben-Chorin, die 1923 in Eisenach geboren wurde und mittlerweile in Jerusalem lebt, nach Thüringen einzuladen. Aufgrund der zunehmend antisemitischen Diskriminierung in Deutschland musste sie mit 13 Jahren nach Palästina emigrieren, wo sie

1942 den Religionsphilosophen Schalom Ben-Chorin, den späteren Gründer der ersten jüdischen Reformgemeinde in Israel, kennen lernte und heiratete. Frau Ben-Chorin hat sich besonders für den christlich-jüdischen sowie den deutsch-israelischen Dialog engagiert. So war sie es, die die erste israelische Jugendgruppe nach Deutschland gebracht hat. Ihr erster Besuch in Eisenach war bereits 1986 und in den folgenden Jahren kamen weitere Besuche in Thüringen hinzu.

Zu ihren Ehren gab es am 11. November einen Empfang im Erfurter Rathaus und einen Besuch auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Avital Ben-Chorin nutzte die Gelegenheit, bei sehr vielen Begegnungen mit Schülerinnen und Schülern über die Zeit der Vertreibung und Vernichtung zu reden, aber auch über die Notwendigkeit des gemeinsamen Dialogs.

Darin kamen auch Sichtweisen einer deutschen Jüdin auf das heutige Israel immer wieder zur Sprache und auch ihre Wahrnehmung, wie ungerecht und verkürzt die israelische Sicht im deutschen Alltag transportiert wird. Dazu gab es wiederholt Diskussionen und lebhaft Nachfragen. Gleichwohl wurde deutlich, warum Avital Ben-Chorin den Staat Israel als zwingende Voraussetzung sieht, um Jüdin sein zu können, denn immerhin hat man sie in Deutschland faktisch gezwungen, sich zu entscheiden, als Jüdin zu emigrieren oder ermordet zu werden. Juden haben grausam lernen müssen, dass selbst die friedlichste Form des Zusammenlebens umschlagen kann in grausame Verfolgung. Zwar ist der Erfurter Goldschatz aus dem Mittelalter wunderschön anzusehen, aber gleichzeitig ist er auch ein Beweis und Beleg von Pogromen Deutscher gegen ihre jüdischen Mitmenschen. Ben-Chorins Schlussfolgerung lautet deshalb, dass Juden niemals mehr wehrlos sein dürfen und es wurde sehr deutlich,

dass Unvergleichliches nicht verglichen werden kann. Der Besuch von Frau Ben-Chorin mahnt uns die fabrikmäßige Ermordung in KZs, die ingenieurtechnische Vernichtung à la Topf & Söhne und den alltäglichen Antisemitismus und Rassenvahn nicht zu vergessen und jeglichem Aufkeimen dieser Art der Menschenverachtung entschieden entgegenzutreten.

Am 12. November wurde dann in der Erfurter Synagoge der neue Thüringer Rabbiner Konstantin Pal in sein Amt eingeführt, wozu auch der Direktor des Abraham-Geiger-Kollegs Prof. Dr. Walter Homolka in Erfurt anwesend war. Der neue Rabbiner ist in Potsdam ausgebildet worden und es ist für die Stadt Erfurt und die Jüdische Landesgemeinde eine große Freude, nach 72 Jahren wieder einen eigenen Rabbiner zu haben.

Da Erfurt sich anschiekt, mit seiner jüdischen Tradition und den originalen Orten des jüdischen Lebens sowie dem jüdischen Goldschatz in der Alten Synagoge nun auch gemeinsam mit Worms, Speyer und Mainz im Weltkulturerbe registriert zu sein, wird deutlich, wie stark jüdisches Leben Erfurt geprägt hat und wie viel Umsicht und Verantwortung heute diesem Thema gewidmet wird. Dass aber auch die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte in Erfurt vorhanden sind und an sie gemahnt werden soll, zeigt der Erinnerungsort Topf & Söhne



Bodo Ramelow und Avital Ben-Chorin

(die Krematoriumsbauer der Nazimordmaschine), der gerade eingerichtet wurde.

So ist der 9. November 1989 mit seiner Freude nie ohne den 9. November 1938 zu sehen. Und Avital Ben-Chorin wies darauf hin, dass schon am 1. April 1933 die Judenverfolgung los ging und viele Deutsche wegschauten. Die Verantwortung dafür bleibt und die Veranstaltungen zeigen, wie gut es ist, ein lebendiges

Judentum heute wieder unter uns zu haben. Hierbei spielt die Jüdische Landesgemeinde eine wichtige Rolle. Der neue Rabbiner ist ein Zeichen der Hoffnung und der Zukunft, aber die Brücke zwischen Deutschland und Israel, zwischen Erfurt und unserer Partnerstadt Haifa wird nicht zuletzt auch von unserer örtlichen DIG lebendig begleitet. ■

Bodo Ramelow

Spatenstich für neue Synagoge Ulm

Ulm: Jeder kennt das Ulmer Münster. Jedoch nur wenige wissen, dass dieses Wahrzeichen Ulms auch mit Hilfe der ehemaligen jüdischen Gemeinde in Ulm entstanden ist. Ulmer Juden beteiligten sich damals am Bau, der Finanzierung und Ausgestaltung des Ulmer Münsters u.a. durch Geldspenden, Fachwissen und Materiallieferungen.

Viele hundert Jahre waren die Juden angesehen und hochrespektable Bürger und an der Blüte der gesamten „Reichsstadt Ulm“ beteiligt. Mit der Machtergreifung Hitlers änderte sich dies. In der Reichspogromnacht im November 1938 wurde die 1875 erbaute Synagoge zerstört und in der Folge die Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Vernichtungslager deportiert und umgebracht. Nur vier Ul-

mer Juden überlebten die Schoah. Nachdem es lange still war um die jüdische Kultur, kam es jedoch seit Anfang der 1990er Jahre zu einem Anwachsen der Gemeinde, sodass heute wieder 450 Juden in Ulm leben und seit 2000 mit dem Israeli Schneur Trebnik sogar ein eigener Rabbiner angestellt ist.

2009 setzte der Ulmer Gemeinderat dann ein gutes Zeichen: Einstimmig wurde festgelegt, dass am Weinhof, also in unmittelbarer Nähe der letzten Synagoge, eine neue Synagoge gebaut werden soll. Am 17. März 2011, mehr als 70 Jahre nach der Zerstörung der alten Synagoge war dieser große Moment nun gekommen: Mit einem Festakt und Bürgerempfang lud die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW)

zum Spatenstich für die Neue Synagoge. Das Israelische Gesangsduo „Gilgal“ und der Mädchenchor der „Ulmer Spatzen“ sangen abwechselnd mitreißende israelische Lieder zwischen den Reden der angekündigten hochrangigen Ehrengäste: Ministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB begrüßte den Bau mit Freude. IRGW Vorstandssprecherin Barbara Traub betonte die Wichtigkeit Israels für alle Juden auf der Welt und eröffnete die Veranstaltung mit einer Schweigeminute für die vor kurzem in Itamar ermordete Familie Fogel und die Erdbebenopfer in Japan.

Ministerin Dr. Monika Stolz, MdL, die für den verhinderten Helmut Rau die Baden-Württembergische Landesregierung vertrat, bezeichnete den Synagogenneubau als ein Wunder. Sie versicherte den Anwesenden ebenso die Verbundenheit der Landesregierung mit Israel und freut

sich auf ein echtes „Miteinander“ in Ulm, anstelle des „Nebeneinanders“. Aus Israel war Minister und Mitglied der Knesset Yossi Peled (Likud) angereist. Peled, der die NS-Zeit als Kind in einer belgischen christlichen Familie überlebte, bevor er im Alter von sechs Jahren mit seiner Mutter nach Israel einreisen konnte, hat seinen Vater und die gesamte Familie in Auschwitz verloren. Als den Grund dafür benannte der Minister den Hass. Denselben Hass, der auch zur Zerstörung der alten Synagoge geführt hatte. Den Neubau der Synagoge bezeichnete er jedoch als eine Brücke zwischen den Menschen und drückte seinen Wunsch für die gemeinsame Zukunft mit den Worten aus, die in die Mauern des Diaspora Museums in Tel-Aviv eingetragen sind: „Remember the Past, live the Present, and trust in the future!“

Oberbürgermeister Ivo Gönner erinnerte in seiner Rede an die Greuel der NS-Zeit und mahnte, dass dies keine Generation jemals vergessen darf. Das zu entstehende Neue Jüdische Gemeindezentrum aber sei ein Symbol des ge-



Philipp von Piechowski, Vorstandsmitglied der DIG-AG Rheinneckar/Mannheim, überreicht Rabbiner Schneur Trebnik eine Glückwunschkarte.

genseitigen Respektes und er freue sich bereits auf das Richtfest. Abschließend betonte Landesrabbiner Netanel Wurmser anhand eines Thora Zitats die Wichtigkeit des Handelns – des Tuns – für alle diese Ziele.

Der Ulmer Gemeinderabbiner Schneur Trebnik drückte seine aufrichtige Freude über die vielen nichtjüdischen Besucher des Festakts aus und kündigte an, dass die Neue Synagoge in Ulm ein Ort der Begegnung für alle Völker sein werde. Er endete mit dem Gebet: „Lieber Gott, hilf

uns, gemeinsam auf der Welt und in Israel Frieden zu schaffen!“

Daraufhin schritt die Festgesellschaft zum eigentlichen Spatenstich und danach gab es nochmals Musik und Tee mit Haman-Taschen für alle.

Stellvertretend für die DIG Rheinneckar/Mannheim nahm Vorstandsmitglied Philipp von Piechowski am Spatenstich in Ulm teil und überreichte Rabbiner Trebnik eine Karte mit den Glückwünschen der Arbeitsgemeinschaft zu diesem außergewöhnlichen Freudentag. ■

Letzte Reise und ein langer Abschied

Halle: Am 13. April 2011 haben wir 20 Jahre Arbeit für Israel in Halle/Saale Revue passieren lassen. Den Rahmen hierfür gab eine festliche Veranstaltung im hiesigen Stadthaus, die genau unter diesem Motto stand. 20 Jahre sind eine lange Zeit, wenn man bedenkt, dass im Osten Deutschlands erst mit dem Ende der staatlich verordneten Ressentiments, Feindseligkeiten und Ignoranz gegenüber dem Staat Israel ein offenes, aktives Wirken für dieses Land möglich wurde. Für ein Land, das schicksalhaft mit deutscher Schuld, der Vernichtung und Vertreibung des europäischen Judentums durch den Nationalsozialismus verbunden ist und deshalb nicht nur unsere Aufmerksamkeit erfordert, sondern auf unser bedingungsloses Eintreten für seine Sicherheit und Existenz angewiesen ist.

Die Festveranstaltung im Stadthaus war jedoch auch ein Abschied des langjährigen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Halle-Umland, Dr. Detlev Haupt, der sich all die Jahre sehr verdienstvoll um die Geschicke der halleschen Israelarbeit gekümmert hat. Ein Abschied vom Vorstandsvorsitz und aus dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft. Was aber für ihn keinen generellen Abschied bedeutet, er wird sich weiterhin für die Arbeitsgemeinschaft engagieren, mittun, seine reichhaltigen Erfahrungen projizieren auf aktuelle und künftige Notwendigkeiten. Um den Mitgliedern, Weggefährten, Unterstützern und Sympathisanten ein möglichst breit gefächertes, zugleich ein differenziertes Bild von Israel zu vermit-



teln. Dr. Haupt, der zu den Gründungsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft gehörte, übergab sozusagen den Staffstab an seinen Nachfolger Detlef Scherer. Diese Zäsur war überdies geprägt durch Haupts 70. Geburtstag und nicht unwesentlich durch eine letzte Israelreise unter seiner Leitung.

Nur eine Größenordnung seiner Leistungen: In den vergangenen 20 Jahren hat er neben unzähligen Vorträgen, Diskussionsforen, Ausstellungen und Konzerten mehr als zwanzig Studien- und Begegnungsreisen nach Israel initiiert und durchgeführt. Und damit einen unschätzbaren Grundstein dafür gelegt, dass Menschen aus Sachsen-Anhalt, aber auch aus anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, mit Israel und den Menschen dort zusammengeführt und mannigfaltige Kontakte geknüpft werden konnten. Anders ausgedrückt: das mögen sicher zwischen 400 und 500 Menschen gewesen sein, die nicht zuletzt durch ihn für das Land begeistert werden konnten. Dr. Haupt hat dies auf eine unaufdringliche Weise vermocht, und doch mit eindringlichem Anliegen. Ein symbolträchtiges Event waren immer wieder die so genannten Baumpflanzaktionen, in Israel beliebt und bekannt, aus touristischer wie landschaftsgestalterischer Sicht. Auf diese Weise wurden allein durch die Arbeitsgemeinschaft Halle-Umland etwa 3000 Bäume gepflanzt, im Hain der Länder und anderswo. Hierzu gab es im März 2011 auch eine gesonderte Auszeichnung vom israelischen Tourismusministerium.

Der Dank der über 40 (!) Teilnehmer an der letzten Reise, die vom 17.03. bis zum 27.03.2011 stattfand, drückte sich in einer nicht unerheblichen Geldsumme aus, die Herrn Dr. Haupt eigentlich für ein Abschiedspräsent zugedacht werden sollte – die er wunschgemäß ausdrücklich einer caritativen Einrichtung in Israel spendete. Angestoßen wurde so vor allem ihm zu Ehren zum Abschied und auf einen Neubeginn – mit Wein vom Golan. Vielen Dank, Detlev Haupt!

Haupt gehörte einst zu den Gründungsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Halle-Umland, die eigentlich erst 1995 gegründet wurde. Aus verschiedenen Initiativgruppen ging 1990 in Halle zunächst eine „Arbeitsgemeinschaft Israel“ hervor. Im Paulusgemeindehaus wurden damals bereits Veranstaltungen angeboten, u.a. mit einem Rabbiner aus Jerusalem. Eine beträchtliche Anzahl ehemaliger jüdischer Hallenser, die den Holocaust überlebt hatten, wurde zu Beginn der Neunziger nach Halle eingeladen, auch aus Anlass der 300-Jahrfeier der Neugründung der Jüdischen Gemeinde in Halle im Jahre 1993. Den Rahmen bildete hier eine interessante Publikation: „300 Jahre Juden in Halle“.

Auch der seinerzeit neue Oberbürgermeister der Stadt Halle, Dr. Rauen, band sich verdienstvoll in diese Bemühungen ein, er brachte reichlich Erfahrung mit aus einer Tätigkeit in Bonn. Und Kontakte nach Israel. Zu nennen wäre hier unbedingt auch der schon 1991 der DIG beigetretene Prof. Dr. Schwab, dem es vornehmlich zu danken war, dass die erforderliche Mitgliederzahl Ende 1994 erreicht werden konnte, genügend Interessenten also für die Bildung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft Halle-Umland innerhalb der DIG. Die offizielle Gründungsversammlung fand im März 1995 statt. Ab März 2003 wird Dr. Haupt zunächst mit dem amtierenden Vorsitz betraut, dann ab Januar 2004 offiziell zum Vorsitzenden gewählt. In den zurückliegenden über 20 Jahren wurden wie schon erwähnt sehr viele Veranstaltungen, Ausstellungen und Konzerte in Solidarität mit dem Staat Israel in Halle organisiert.

Auch künftig wird die Arbeitsgemeinschaft Halle-Umland aktiv sein für Israel, besonders vor dem Hintergrund der dringlichen Friedenserhaltung im Nahen Osten. Weitere Projekte sind geplant sowie

Vorträge und im Jahre 2012 eine weitere Israelreise. Unsere Bemühungen bleiben darauf gerichtet, Verständnis für das Leben jüdischer Menschen sowie die Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Halle zu wecken und wachzuhalten. Wir wollen Referenten einladen und Ausstellungen nach Halle bringen, hierzu gehören aber auch Veranstaltungen an Schulen, an Einrichtungen der Universität, in Vereinen

und auch mit der Jüdischen Gemeinde in Halle.

Der neu gewählte Vorstand besteht nunmehr seit dem 30.03.2011 neben dem genannten Vorsitzenden aus dem Stellvertreter, Herrn Axel Heyne, Frau Andrea Porzel als Schatzmeisterin, Frau Christel Vogel und Herrn Dieter Wilk als gewählte Beisitzer.

Detlef Scherer

Ein hebräischer Schriftsteller und arabischer Bürger Israels

Sayed Kashuas drittes Buch „Zweite Person Singular“ erschien vor wenigen Monaten auf Hebräisch und kommt in der Übersetzung von Mirjam Pressler im April auf den deutschen Buchmarkt.

Der Schriftsteller ist eine bemerkenswerte Erscheinung in der Literaturszene Israels: 1975 wurde der muslimische Araber Sayed Kashua in Tira (wenige Kilometer nördlich von Kfar Saba) geboren. Aus der örtlichen arabischsprachigen Schule wechselte er nach einem besonderen Auswahlverfahren auf das hebräischsprachige staatliche Elite-Internat für Hochbegabte in Jerusalem, wo er das Abitur machte. Nach dem Studium der Soziologie und Philosophie an der Hebräischen Universität in Jerusalem begann Kashua seine Karriere als Journalist (bei den Zeitungen Kol ha'ir, Haaretz und später auch als Verantwortlicher für die Serie „'Awoda 'arawit“ („Arabische Arbeit“, einer scharfsinnigen Satire in hebräisch und arabisch im Zweiten Fernsehkanal, deren Drehbücher er schreibt).

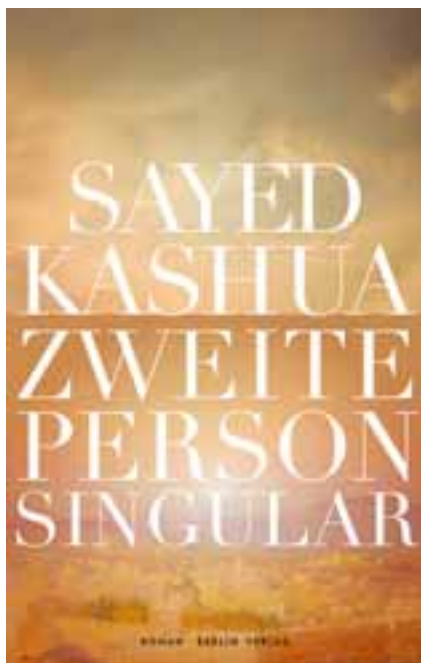
2002 erschien sein erstes Buch „*Arawim roqdim*“ („Tanzende Araber“, Berlin Verlag, 2002). Sein Roman „*wajehi Boqer*“ wurde 2005, ein Jahr nach seinem Erscheinen, von Mirjam Pressler übersetzt mit dem Titel „*Da ward es Morgen*“.

„Tanzende Araber“ hat stark autobiographische Züge und spielt in Tira und Jerusalem. Der Stil ist von kurzen klaren Sätzen geprägt. Das Buch hat einen durchgehenden Handlungsstrang und ist aus der Perspektive des „Ich“-Erzählers geschrieben. Auch der Roman „*Da ward es Morgen*“ hat nur die Perspektive eines „Ich“-Erzählers und spielt in einem Ort nahe Kfar Saba (Tira?) und handelt

von einem mit einer Lehrerin aus dem gleichen Dorf verheirateten Journalisten, der seine feste Anstellung bei einer hebräischen Zeitung wegen allgemeiner Kürzungen verliert und mit seiner Frau aus Tel Aviv in das Dorf zieht – in ein von den Eltern für ihn schon lange erbautes Haus – und dann mit dem ganzen Ort ein phantastisch-traumatisches Erlebnis hat. Wiederholt habe ich zu diesem Buch den Vergleich mit Franz Kafka und seinem Erzählstil gehört. Die klaren kurzen Sätze hypnotisieren und lassen den Leser bis zum Ende nicht mehr los.

Beide Bücher erlebten auch in Deutschland nach der gebundenen Erstauflage weitere Auflagen als Taschenbücher.

Ganz anders sein drittes Buch „*Guf sheni jehid*“: Dieser Roman erschien 2010 und war noch schneller als die beiden ersten Bücher ein viel diskutierter Bestseller. Seine Handlung spielt in Ost- und West-Jerusalem. Handlungsstränge in der Dritten Person Singular, die in dem Roman nur „der Rechtsanwalt“ genannt wird, und eines „Ich“-Erzählers laufen über lange Strecken parallel und berühren sich nur sporadisch in einer großen inneren Spannung. Auch dieses Buch fesselt durch seine klare und präzise Sprache. Der Autor geht weit über das Alltägliche-Autobiographische hinaus in die Gefühlswelt des Rechtsanwaltes wie die des „Ich“-Erzählers. In dessen Beobachtungen spiegelt sich auch das tragische Leben einer jüdischen Universitätsdozentin und ihre innere Zerrissenheit und Überforderung angesichts der totalen Lähmung und Bewusstlosigkeit ihres Sohnes bis zu dessen Tod. Bestechend und voller Ironie die Schilderung der Kunsthochschule



Bezalel, an der der „Ich“-Erzähler unter jüdischer Identität studiert. Jede einzelne Figur wird mit viel Empathie und gleichzeitiger melancholischer Distanz gezeichnet. Auch hier zwingt die Sprache in eine Welt, aus der es kein Entrinnen gibt. Für die beiden Hauptfiguren geht das Leben weiter. Dem einen bleibt der bürgerliche Wohlstand und dem anderen eine unstillbare Sehnsucht nach Geborgenheit und dem Erlebnis, angenommen zu werden und dazu zu gehören.

Mit diesem Roman reiht sich Sayed Kashua unter die großen hebräischen Schriftsteller ein. Angesichts seines Alters von 35 Jahren können wir noch viele wichtige Bücher von ihm erwarten. Das Leben von Arabern zwischen Jordan und Mittelmeer, ihre Lebensbedingungen, ihre Leistungen und Leiden werden durch Sayed Kashua nicht nur den hebräischsprachigen, sondern auch in den Übersetzungen ins u.a. Englische, Französische, Niederländische und Deutsche europäischen und nordamerikanischen Lesern in einer Sprache, die unter die Haut geht, und in künstlerischer Virtuosität, die zur literarischen Spitzenklasse gehört, in unnachahmbarer Weise nahe gebracht. Die in hebräischer Sprache geführte Diskussion zeigt, dass nach Erscheinen der Übersetzung von Mirjam Pressler im April beim Berlin Verlag auch dem deutschen Publikum nicht nur ein literarischer Genuss, sondern auch ein tiefer Einblick in die bisher nicht wahrgenommenen Prob-

Skandal oder Blamage?

Leserbrief zu Dr. Ursula Philipps-Heck,
DIGmagazin Nr. 4/2010

Da ich nicht auf der Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll im Juni 2010 war, möchte ich mich nicht wie Frau Fritz blamieren und über eine Tagung schreiben, an der ich nicht selbst teilgenommen habe. Was mich als altes DIG-Mitglied stört, ist der Ton und die Wortwahl einiger Leserbriefe im DIGmagazin 1/2011 in Entgegnung des Leserbriefs von Ulla Philipps-Heck im DIGmagazin 4/2010. Dabei wird mangels sachlicher Argumente wiederholt die „Antisemitismus-Keule“ zum Draufschlagen benutzt.

Wenn der Vorstand der DIG AG Stuttgart schreibt, dass Frau Fritz über die Tagung informierte, dann hätte sie dort gewesen sein müssen. Dann wäre ihr auch der bloßstellende Fehler nicht passiert, zu behaupten, „Es wurde selbstverständlich kein Vertreter eingeladen, der für Israel sprach“. Einen noch prominenteren Sprecher Israels als Avraham Burg kann eine Tagung in Deutschland kaum gewinnen. Der Sohn von Dr. Josef Burg (1939 aus Deutschland emigriert, 1949 Mitglied der 1. Knesset, Minister in den israelischen Regierungen von 1951-1986), wurde selbst 1988 Mitglied der Knesset, 1995 Vorsitzender der Jewish Agency und der World Zionist Organization und war von 1999 bis Anfang 2003 Sprecher der Knesset.

Wenn Frau Dr. Philipps-Heck der mangelhaften Berichterstattung durch Frau Fritz widerspricht, ist das nicht „israelfeindlich“ oder „gegen Israel schreiben“. Ulla Philipps-Heck ist eine ausgewiesene Kennerin Israels. Sie hat Politikwissenschaft an der FU Berlin studiert und 1999 zum Thema „Lernziel Entfeindung“ promoviert. Vorher hatte sie länger Feldforschung in Israel betrieben und vor allem die Arbeit der Friedensschule von Neve Shalom/Wahat al Salam untersucht, die dann 2003 den Friedenspreis der DIG erhalten hat. Wer Israel wirklich liebt, muss begrüßen und

leme eines israelischen Bevölkerungsteils ermöglicht wird.

Den Lesern des DIGmagazins sei das Buch empfohlen. ■

unterstützen, was dort für eine friedliche Zukunft Israels durch Verständigung und Aussöhnung geschieht.

Da ich nicht auf der Tagung war, habe ich mich auf der Website der Akademie umgesehen und dort den lesenswerten Beitrag von Dr. Muriel Asseburg bei der Tagung gefunden zum Thema „Mit wem muss und soll der Dialog im israelisch-palästinensischen Konflikt stattfinden?“ Sie ist Leiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft kann doch nicht Sprachrohr kurzsichtiger Deutscher sein, die israelischer als die Israelis selbst sein wollen. Über 25 Jahre habe ich Delegationen von israelischen Fachkräften, Politikern und Journalisten durch Deutschland begleitet. Bei diesen Fachprogrammen im Auftrag der Bundesregierung war zwar Gedankenaustausch und Information über die Jugendarbeit das fachliche Ziel, aber noch mehr freute es mich, wenn es nachher in den Dankesworten der Israelis hieß: „Jesch Germania acheret“, zu deutsch: es gibt ein anderes, besseres Deutschland als sie vorher erwartet hatten. So berichtete z. B. eine prominente Journalistin des Likud in einer großen israelischen Zeitung. Meine begründete Hoffnung bleibt „Jesch Israel acheret“. Es gibt ein anderes Israel als das der Siedler, die die Menschenrechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten unterdrücken, und ihrer politischen Vertreter von Beiteinu, der Partei des gegenwärtigen israelischen Außenministers Avigdor Lieberman, der wiederholt die Vertreibung der arabischen Israelis, immerhin 20% aller Bürger, forderte. Seit 1973 habe ich so viele andere Israelis kennen und schätzen gelernt, dass mir die Hoffnung bleibt, dass in der israelischen Politik doch noch die Vernunft siegt und die israelische Regierung sich endlich ernsthaft für eine friedliche Nachbarschaft mit den Arabern in und um Israel einsetzen wird. ■

Hermann Sieben

● Sayed Kashua, *Zweite Person Singular*, Berlin Verlag 2011

Roland Neidhardt